

134

Wirtschaftsprognose  
Economic Forecast

Oktober 2024

# Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2024–2025

## Österreichische Wirtschaft fällt in Europa zurück

Sperrfrist: Freitag, 4. Oktober 2024, 10:00 Uhr



Wirtschaftsprognose  
Economic Forecast

Oktober 2024

# Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2024–2025

## Österreichische Wirtschaft fällt in Europa zurück

Holger Bonin

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR  
HÖHERE STUDIEN  
WIEN



INSTITUT FÜR  
HÖHERE STUDIEN  
WIEN

---

**Autor:innen**

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter, Klaus Weyerstraß

**Titel**

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2024–2025  
Österreichische Wirtschaft fällt in Europa zurück  
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast

**Kontakt****Holger Bonin**

Wissenschaftlicher Direktor

T +43 1 59991-125

E [holger.bonin@ihs.ac.at](mailto:holger.bonin@ihs.ac.at)

**Helmut Hofer**

Prognoseverantwortlicher

T +43 1 59991-251

E [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

**Klaus Weyerstraß**

Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft

T +43 1 59991-233

E [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at)

**Melanie Gadringer**

Pressesprecherin

T +43 1 59991-212

E [gadringer@ihs.ac.at](mailto:gadringer@ihs.ac.at)

**Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

[www.ihs.ac.at](http://www.ihs.ac.at)

ZVR: 066207973

*Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.*

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung .....	7
2	Die internationale Konjunktur .....	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länder und Regionen .....	18
3	Perspektiven der österreichischen Wirtschaft .....	31
3.1	Außenwirtschaft .....	31
3.2	Privater Konsum .....	32
3.3	Investitionen .....	34
3.4	Öffentliche Haushalte .....	38
3.5	Löhne und Inflation.....	40
3.6	Arbeitsmarkt .....	43
3.7	Monetäre Entwicklungen .....	45
4	Tabellenanhang.....	49



## Österreichische Wirtschaft fällt in Europa zurück

Die österreichische Wirtschaftsleistung ist in der ersten Hälfte des laufenden Jahres weiter zurückgegangen. Die Rezession in der Industrie und am Bau hat sich fortgesetzt, der Konsum hat trotz kräftiger Realeinkommenszuwächse nicht angezogen. Die Vorlaufindikatoren lassen keine rasche Erholung erwarten. Daher prognostiziert das IHS für das laufende Jahr einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,6 %. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 0,8 % zulegen. Die Inflation, gemessen am Verbraucherpreisindex, sollte heuer auf 3,0 % und nächstes Jahr auf 2,4 % sinken. Die Arbeitslosenquote dürfte auf 7,0 % bzw. 7,2 % steigen. Das IHS erwartet, dass das gesamtstaatliche Defizit laut Maastricht heuer auf 3,5 % des BIP ansteigt und ohne Konsolidierungsmaßnahmen im kommenden Jahr ähnlich hoch ausfallen wird.

### 1 Einleitung und Zusammenfassung

Nach zwei Quartalen mit geringem Wachstum verzeichnete die heimische Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal des laufenden Jahres einen Rückgang von 0,4 % gegenüber dem Vorquartal. In der ersten Jahreshälfte setzte sich die Rezession in der Industrie fort und die Exportnachfrage brach ein, ebenso wie die Bauinvestitionen, die sich weiter im freien Fall befinden. Entgegen den Erwartungen hat sich die Konsumnachfrage in Österreich trotz steigender Realeinkommen nicht belebt und war im zweiten Quartal sogar rückläufig. Die Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass das Bruttoinlandsprodukt auch im dritten Quartal gesunken ist. Mit einer Aufhellung der Konsumstimmung und einer durch die erwartete Erholung der Industriekonjunktur im Euroraum getragenen stärkeren Auslandnachfrage sollte die heimische Wirtschaft wieder an Schwung gewinnen, jedoch erst im Laufe des kommenden Jahres.

Daher nimmt das IHS seine Wachstumsprognose für heuer erheblich – gegenüber der Sommer-Prognose um 0,9 Prozentpunkte – zurück und erwartet nun für den Jahresdurchschnitt 2024 einen Rückgang der heimischen Wirtschaftsleistung um 0,6 %. Im Jahr 2025 dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Österreich um 0,8 % zulegen. Während die heimische Wirtschaftsleistung damit über den gesamten Prognosehorizont betrachtet annähernd stagniert, verzeichnet der Euroraum Zuwachsraten von 0,7 % bzw. 1,3 %. Die österreichische Wirtschaft fällt damit im europäischen Vergleich spürbar zurück. Laut IHS-Prognose wird die Wirtschaftsleistung im Euroraum insgesamt im Jahr 2025 um 5,5 % höher sein als im Jahr 2019, in Österreich liegt die kumulierte Zunahme nur bei 2,6 %.

Im bisherigen Jahresverlauf expandierte die Weltwirtschaft mit moderatem Tempo. Mit 0,7 % gegenüber dem Vorquartal wuchs die Wirtschaft der USA im zweiten Quartal kräftig. Hingegen legte die Wirtschaftsleistung im Euroraum nur um 0,2 % zu, nach 0,3 % im Vorquartal. Dabei blieb die Industriekonjunktur sehr schwach. Die deutsche Wirtschaft verzeichnete einen BIP-Rückgang um 0,1 %, während sich im übrigen Euroraum die Konjunktur stärker beschleunigte. In den Schwellenländern entwickelte sich die Produktion verhalten, insbesondere in China hat sich das Expansionstempo verlangsamt.

Die Einschätzung der internationalen Konjunktur hat sich gegenüber der Sommer-Prognose nur wenig verändert. Die Wirtschaft im Euroraum dürfte im Jahr 2024 um 0,7 % und im Jahr 2025 um 1,3 % zulegen. Allerdings hat das IHS hierbei die Prognose für Deutschland auf 0,0 % bzw. 0,8 % zurückgenommen. Mit Raten von 2,6 % heuer und 1,7 % im kommenden Jahr dürfte die US-Wirtschaft weiter kräftig expandieren. Für China erwartet das IHS weiterhin eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 4,8 % bzw. 4,5 %. Für die Weltwirtschaft resultieren im Betrachtungszeitraum Wachstumsraten von 3,0 % bzw. 3,1 %.

Obwohl die Einkommen der privaten Haushalte infolge kräftiger Nominallohnzuwächse bei nachlassender Inflation real stark gestiegen sind, hat der Konsum in Österreich im bisherigen Jahresverlauf nicht wie erwartet angezogen; im zweiten Quartal ist er sogar gesunken. Bei anhaltend schwachem Verbrauchervertrauen ist die Sparquote weiter angestiegen. Darum nimmt das IHS die Wachstumsprognose für den privaten Konsum im Jahresschnitt 2024 auf 0,4 % zurück, erwartet dabei, dass sich die Konsumstimmung in der zweiten Jahreshälfte aufhellen wird, wenn die Realeinkommenszuwächse von den Haushalten mit Verzögerung wahrgenommen werden. Für 2025 prognostiziert das IHS eine Zunahme des privaten Konsums um 1,3 %. Die Sparquote der privaten Haushalte liegt heuer mit 10,1 % um 1,8 Prozentpunkte höher als im Vorjahr und verharrt im kommenden Jahr annähernd auf diesem Niveau.

Die schwache Industriekonjunktur drückt auf die Investitionstätigkeit. Aufgrund pessimistischer Unternehmenserwartungen und einer niedrigen Kapazitätsauslastung dürften die Investitionen in Ausrüstungen schwach bleiben. Mit der Belebung der in- und ausländischen Konjunktur sowie dem Rückgang der Realzinsen sollten die Unternehmen im Lauf des kommenden Jahres aber wieder etwas stärker in die Sachkapitalbildung investieren. Im laufenden Jahr dürften die Ausrüstungsinvestitionen um 2,0 % zurückgehen und im kommenden Jahr stagnieren. Nach einem Einbruch der Bauinvestitionen um 9,3 % im Vorjahr blieb die Entwicklung im ersten Halbjahr 2024 schwach. Insbesondere der Wohnbau leidet unter der allgemeinen Konjunkturschwäche, hohen Baupreisen sowie ungünstigen



Finanzierungsbedingungen. Darum dürften im Jahresdurchschnitt 2024 die realen Bauinvestitionen um 4,0 % zurückgehen und im Jahr 2025 stagnieren. Diese Prognosen bedeuten für die realen Bruttoanlageinvestitionen einen Rückgang von 2,9 % heuer sowie eine Stagnation im kommenden Jahr.

Der Welthandel hat sich im Jahresverlauf zwar etwas belebt, angesichts der schwachen Industriekonjunktur im Euroraum gehen davon aber kaum Impulse auf die heimische Exportwirtschaft aus. Laut den aktuellen Daten waren die heimischen Warenexporte im ersten Halbjahr deutlich rückläufig. Neben der schwachen Industriekonjunktur im Euroraum belastet der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der vergleichsweise hohen Lohn- und Energiekosten die österreichische Exportwirtschaft. Gemäß Prognose des IHS werden die Warenexporte im laufenden Jahr um 4,8 % zurückgehen, im kommenden Jahr aber um 2,0 % zulegen. Die Dienstleistungsexporte dürften im laufenden Jahr stagnieren und im kommenden Jahr verhalten wachsen. Daraus ergeben sich für die Gesamtexporte laut VGR ein Rückgang um 3,4 % heuer und ein Zuwachs von 2,2 % im kommenden Jahr. Aufgrund der weiterhin schwachen Binnennachfrage und der geringen Vorleistungsnachfrage für Exportgüter dürften die Importe im laufenden Jahr um 3,6 % fallen. Im kommenden Jahr dürften sie aufgrund der Konjunkturaufhellung um 2,4 % zulegen.

Der Rückgang der Inflation hat sich in Österreich im bisherigen Jahresverlauf fortgesetzt. Im August lag die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, mit 2,3 % nur noch knapp über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum. Der Preisauftrieb bei den Lebensmitteln ist nur noch gering, und die Energiepreise fallen. Die Kerninflation betrug im August aber immer noch 3,3 %. Weiterhin steht die dynamische Zunahme der Arbeitskosten einem stärkeren Rückgang des Preisauftriebs bei den Dienstleistungen entgegen. Die fallende Tendenz bei den Energiepreisen dürfte sich in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen. Damit dürfte die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 3,0 % betragen. Vom Auslaufen der fiskalpolitischen Ausgleichsmaßnahmen im Energiebereich zu Jahresbeginn 2025 wird zwar ein preistreibender Impuls ausgehen, dennoch sollte die Inflationsrate im kommenden Jahr weiter auf 2,4 % zurückgehen. Der Unterschied zur Inflationsrate im Euroraum ist damit zwar geringer als in den Vorjahren, in Österreich ist der Preisauftrieb heuer und im nächsten Jahr aber immer noch rund einen halben Prozentpunkt stärker.

Die Konjunkturschwäche strahlt auf den Arbeitsmarkt aus. Im bisherigen Jahresverlauf hat die Beschäftigung annähernd stagniert, und die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen. Die Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt ist breitflächig, besonders betroffen sind die Industrie, die Bauwirtschaft und der Handel. Gestützt von der

kräftigen Nachfrage nach Arbeitskräften im öffentlichen Sektor sollte die Zahl der Beschäftigten dennoch im Jahresschnitt 2024 um 0,2 % zulegen. Im kommenden Jahr dürfte die leichte konjunkturelle Erholung einen Beschäftigungszuwachs von 0,5 % ermöglichen. Die Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition) dürfte auf 7,0 % im laufenden und 7,2 % im kommenden Jahr steigen.

Die schwache Konjunktur und die Folgen der Inflation belasten zunehmend die öffentlichen Haushalte. Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass die indirekten Steuern aufgrund des schwächeren Konsums hinter den Erwartungen zurückbleiben. Die anhaltende Industrierezession dämpft das Körperschaftsteueraufkommen. Zu Mehrausgaben dürfte es etwa im Bereich der Arbeitslosenversicherung und in der Katastrophenhilfe kommen. Für den Jahresdurchschnitt 2024 rechnet das IHS mit einem Defizit von 3,5 % des BIP. Unterbleiben Konsolidierungsmaßnahmen, bewegt sich das Defizit auch im kommenden Jahr mindestens in dieser Größenordnung.

Die Konjunkturprognose des IHS ist weiterhin mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Eine Eskalation der geopolitischen Spannungen, etwa im Nahen Osten oder in der Ukraine, würde den Welthandel bremsen und die Inflation wieder antreiben. Damit würden sich die Realeinkommen schwächer entwickeln, und die Geldpolitik würde wohl langsamer gelockert werden. Zunehmend protektionistische Tendenzen belasten den Welthandel. So haben die USA und die Europäische Union hohe Zölle auf chinesische Elektroautos eingeführt bzw. angekündigt. Gegenmaßnahmen Chinas würden den Welthandel weiter einschränken und die wirtschaftliche Dynamik stark beeinträchtigen. Mit der US-Präsidentenwahl sind zudem erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen geopolitischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbunden.

Erforderliche Maßnahmen zur Konsolidierung von öffentlichen Haushalten im Euroraum – auch in Österreich – könnten die Zunahme der Wirtschaftsleistung zumindest kurzfristig verlangsamen. Das inländische Risiko einer steigenden Sparquote, das bereits in der Sommer-Prognose des IHS hervorgehoben wurde, hat sich materialisiert; es bleibt unsicher, wann und wie stark das Verbrauchervertrauen an Kraft gewinnt. Bei anhaltender Industrierezession könnte die Bereitschaft der Unternehmen zum Beschäftigungsabbau noch stärker ausfallen. Zusätzlich könnte die verringerte preisliche Wettbewerbsfähigkeit die Investitionstätigkeit weiter belasten. Eine langwierige Regierungsbildung bzw. die damit verbundenen Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Wirtschaftspolitik könnten die Zurückhaltung der privaten Haushalte und der Unternehmen bei langfristigen Konsum- bzw. Investitionsentscheidungen verstärken.

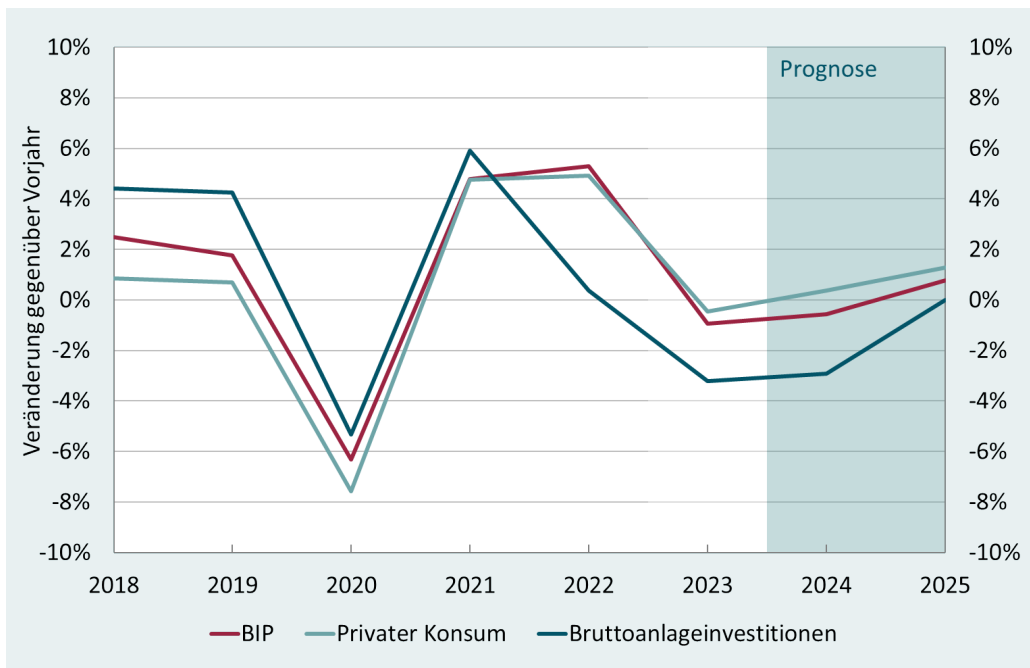
**Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse**  
*Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent*

	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt, real	-1,0	-0,6	0,8
Privater Konsum, real	-0,5	0,4	1,3
Bruttoinvestitionen, real	-13,0	-3,0	0,3
Bruttoanlageinvestitionen, real	-3,2	-2,9	0,0
Ausstattungsinvestitionen, real	2,4	-2,0	0,0
Bauinvestitionen, real	-9,3	-4,0	0,0
Inlandsnachfrage, real	-3,5	-0,4	0,8
Exporte i. w. S., real	-0,4	-3,4	2,2
Waren, real (laut VGR)	-0,4	-4,8	2,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	13,9	1,8	2,0
Importe i. w. S., real	-4,6	-3,6	2,4
Waren, real (laut VGR)	-7,4	-4,8	2,3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	14,8	1,5	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,2	0,2	0,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>i</sup>	6,4	7,0	7,2
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>i</sup>	5,1	5,1	5,1
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	6,8	8,0	3,8
Preisindex des BIP	6,6	4,0	2,4
Verbraucherpreisindex	7,8	3,0	2,4
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP <sup>i</sup>	-2,6	-3,5	-3,4
3-Monats-Euribor <sup>i</sup>	3,4	3,6	2,5
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen <sup>i</sup>	3,1	2,8	2,8

<sup>i</sup>absolute Werte

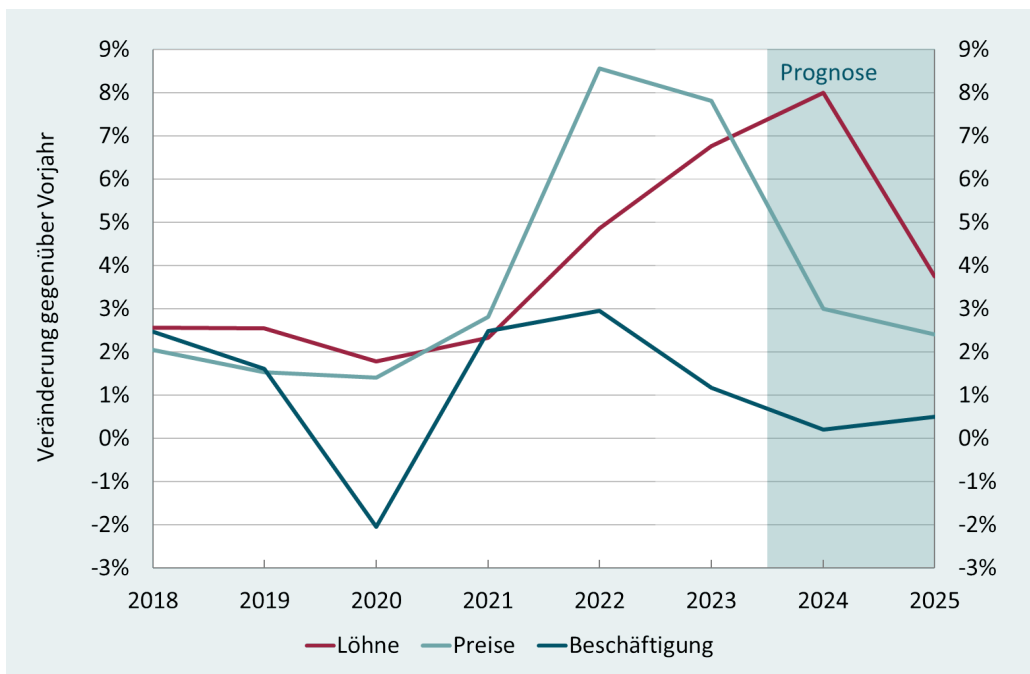
Quelle: Statistik Austria, LSEG Datastream, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



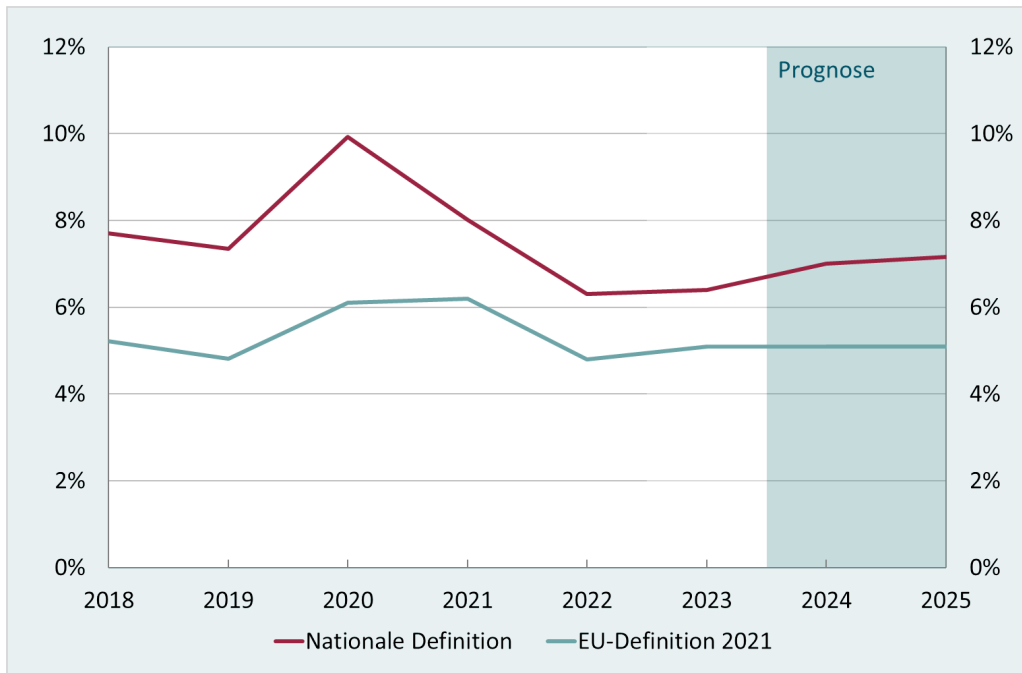
Quelle: Statistik Austria, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



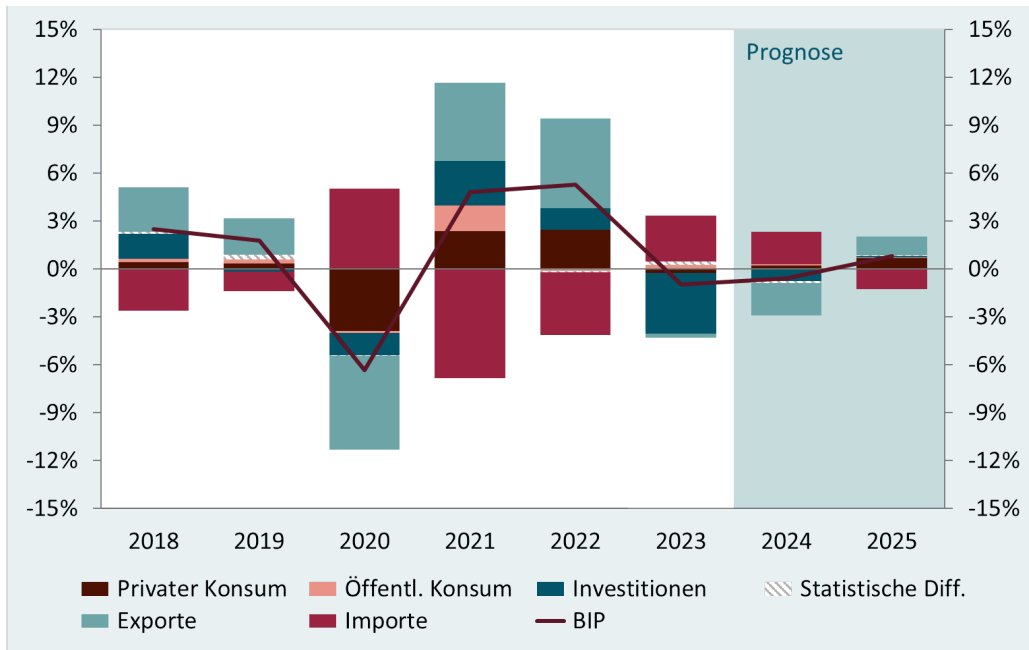
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



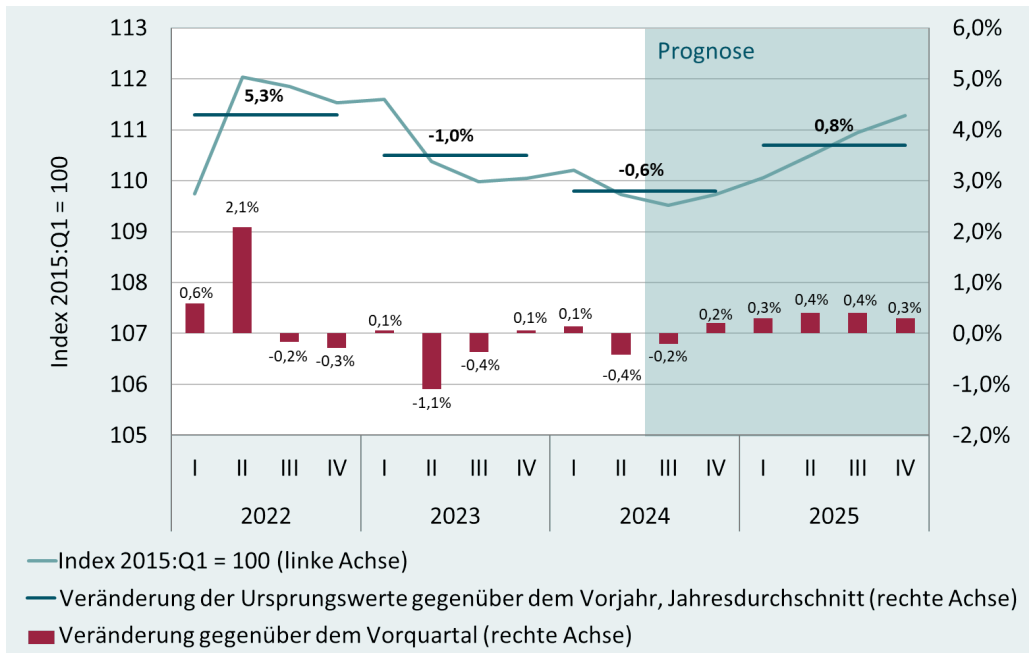
Quelle: Statistik Austria, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt  
saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Anmerkung: Die Quartalsdaten entsprechen dem Stand vom August 2024. Mit der VGR-Generalrevision 2024 konsistente Quartalswerte liegen noch nicht vor. Die Jahreswerte hingegen entsprechen dem Stand nach der VGR-Generalrevision.

Quelle: Statistik Austria, ab 3. Quartal 2024 Prognose des IHS

## 2 Die internationale Konjunktur

### 2.1 Überblick

Die **Weltwirtschaft** expandiert gegenwärtig mit etwas geringeren Raten als in der Dekade vor der Coronapandemie. Das Tempo hat sich seit fast zwei Jahren kaum verändert. Die zwischen den weltwirtschaftlichen Regionen bestehenden konjunkturellen Unterschiede haben sich in der ersten Hälfte des laufenden Jahres verringert. Die bisher sehr robuste Konjunktur in den USA verliert etwas an Fahrt, und in China dämpfen die strukturellen Probleme die gesamtwirtschaftliche Expansion etwas stärker als zuvor. Gleichzeitig ist die Wirtschaft in der EU nach einer langen Stagnationsphase wieder aufwärts gerichtet. Im Vereinigten Königreich blieb das Wachstum im ersten Halbjahr robust. In Japan stieg die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal recht kräftig, nachdem sie im ersten Quartal deutlich gesunken war.

Haupttriebkraft der weltwirtschaftlichen Expansion blieben bis zuletzt die Dienstleistungen. In den Schwellenländern belebte sich im ersten Halbjahr die Industrieproduktion, die im vergangenen Jahr stagniert hatte. In den Industrieländern hat sich die Industrieproduktion im Frühjahr ebenfalls erholt, aber bei Weitem nicht so ausgeprägt wie in den Schwellenländern. Die Belebung im Verarbeitenden Gewerbe hat sich im Sommer wohl nicht fortgesetzt. In den Industrieländern ging die Produktion schon im Juni wieder zurück, und im Juli verschlechterte sich weltweit die Stimmung bei den Einkaufsmanagern in der Industrie merklich. Zudem weisen rückläufige Preise bei wichtigen Industrierohstoffen und ein Rückgang der Frachtraten in der Containerschifffahrt auf eine wieder nachlassende Dynamik bei der Industrieproduktion und im Welthandel hin.

Im Einklang mit der Industrieproduktion weitete sich der weltweite Warenhandel im Frühjahr beschleunigt aus. Nach 0,3 % im ersten Quartal nahm er im zweiten Jahresviertel um 1,0 % zu. Die Beschleunigung ging vor allem auf die Industrieländer zurück, mit Ausnahme des Euroraums, und in der Gruppe der Schwellenländer setzte sich die kräftige Expansion fort. Im Einklang mit den Frühindikatoren ist zu erwarten, dass erst im kommenden Jahr weltweit die Industrieproduktion und der Welthandel wieder stärker expandieren werden. Für den Jahresdurchschnitt 2024 ist ein Anstieg des Welthandels um 1,3 %, für das Jahr 2025 um 2,5 % zu erwarten.

Die Preise von Industrierohstoffen sind im Frühjahr im Einklang mit der Belebung der Industriekonjunktur leicht gestiegen, haben im Sommer aber wieder nachgegeben. Trotz des jüngsten Rückgangs sind die meisten Rohstoffnotierungen noch immer höher als vor einem Jahr. Dürre- und Hitzeperioden sowie Überschwemmungen

bilden ein Risiko für das Nahrungsmittelangebot und könnten für ein strukturell höheres Preisniveau bei Nahrungsmitteln sorgen. Die Preise für Rohöl und Erdgas bleiben anfällig für geopolitische Schocks, was in einer hohen Volatilität zum Ausdruck kommt. So kostete ein Barrel Öl der Sorte Brent Ende Juni rund 86 US-Dollar, Mitte September unter 70 US-Dollar und Ende September etwa 72 US-Dollar. Im Einklang mit den Terminmarktnotierungen wird für diese Prognose ein Ölpreis von 80,6 US-Dollar je Barrel im Jahresdurchschnitt 2024 und 72,5 US-Dollar im kommenden Jahr unterstellt. Der europäische Gaspreis ist von rund 34 Euro je MWh Ende Juni bis auf gut 40 Euro je MWh Mitte August gestiegen, was wohl unter anderem mit dem Krieg in der Ukraine und temporären Produktionsunterbrechungen in Norwegen zusammenhängt. Anschließend ist er zunächst wieder auf den Wert von Ende Juni zurückgegangen und belief sich Ende September auf rund 38 Euro je MWh. Der Einfluss der Energiekomponente auf die Verbraucherpreisinflation unterscheidet sich deutlich zwischen den Ländern. So dämpfen die Energiepreise die Gesamtinflation in den USA und dem Vereinigten Königreich, während sie in Japan noch inflationserhöhend wirken. In der EU und im Euroraum sind die Energiepreise im August leicht gesunken, nachdem sie in den drei vorangegangenen Monaten etwas gestiegen waren. Inflationserhöhend wirken die Seefrachtkosten, die im ersten Halbjahr merklich gestiegen sind. Dazu dürfte beigetragen haben, dass seit dem vergangenen November aus Sicherheitsgründen große Teile des Schiffsverkehrs von der Suezkanalroute auf die wesentlich längere Strecke um das Kap der Guten Hoffnung umgelenkt werden. Dementsprechend sind die Frachtraten auf den Strecken zwischen Asien und Europa besonders stark gestiegen. An den im Vorjahresvergleich massiv erhöhten Frachtkosten ändert auch der zuletzt verzeichnete Rückgang nur wenig.

Die Inflation ist im Sommer vielerorts kaum noch gesunken. In der Gruppe der OECD-Länder erhöhten sich die Verbraucherpreise im Juli um 5,4 %, nach 5,6 % im Juni. Die Energiepreise sind in diesem Länderaggregat um 3,3 %, die Nahrungsmittelpreise um 4,3 % gestiegen. Die Kerninflation ohne Energie und Nahrungsmittel war mit 5,5 % weiterhin hoch. Vor allem in vielen Dienstleistungsbereichen steigen die Preise nach wie vor kräftig, unter anderem infolge steigender Lohnstückkosten und höherer Gewinnmargen.

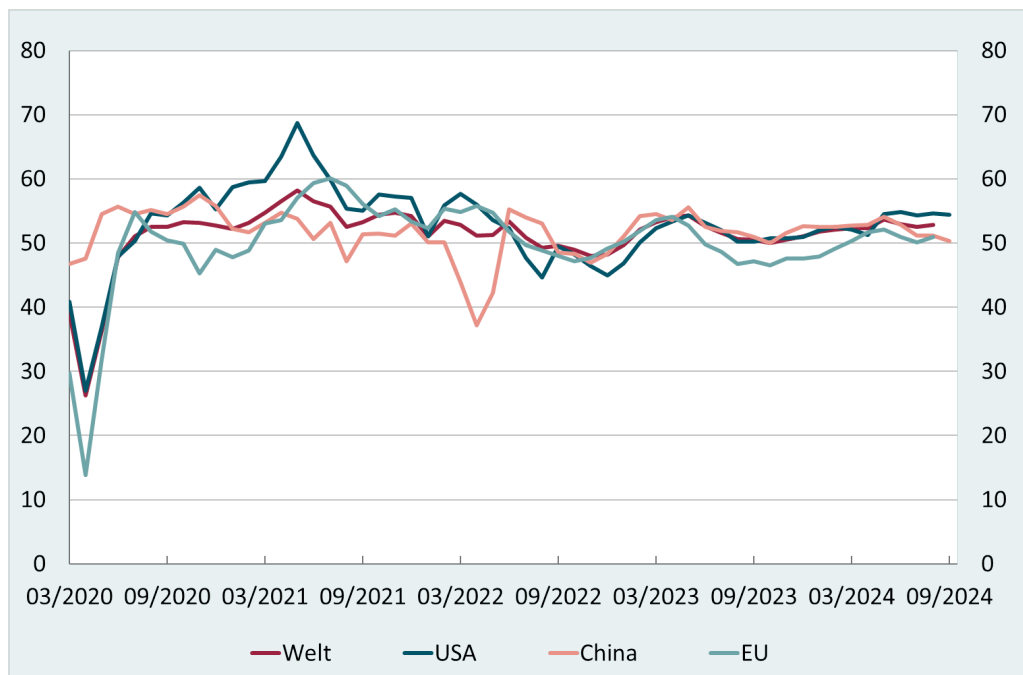
Der Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar bewegt sich weiterhin in einer engen Bandbreite. Ende September war er mit 1,11 USD/EUR um rund 4 % höher als Ende Juni. Für diese Prognose wird ein weitgehend unveränderter Wechselkurs angenommen.

Im Prognosezeitraum dürfte die Weltwirtschaft weiter wenig Schwung entfalten, worauf Frühindikatoren wie die Einkaufsmanagerindizes hindeuten (Abbildung 7).



Dabei dürfte in den Dienstleistungen die Wertschöpfung weiter deutlich zunehmen, während das Verarbeitende Gewerbe voraussichtlich erst ab dem nächsten Jahr an Fahrt gewinnt. Angesichts der vielerorts robusten Arbeitsmärkte und des, wenn auch langsamen, Rückgangs der Inflation dürfte nachfrageseitig der private Konsum die wesentliche Konjunkturstütze bilden. Die Investitionen bleiben aufwärts gerichtet und sollten nach und nach von weiteren Zinssenkungen angeregt werden. Geografisch dürfte die Konjunktur zunehmend ausgewogen sein. Während sich der Produktionsanstieg im Jahresdurchschnitt in Europa beschleunigt, wird die Expansion in den USA im kommenden Jahr wohl etwas schwächer sein als im laufenden. In China wird sich die graduelle Verlangsamung voraussichtlich fortsetzen. Kräftig bleiben wird die Konjunktur in den asiatischen Industrieländern und vor allem in Indien. Die Inflation dürfte im Prognosezeitraum merklich zurückgehen und im Jahr 2026 annähernd zielgerecht sein. Dabei wird sich der Rückgang der Kernrate weiter nur langsam vollziehen. Dass die Geldpolitik vor diesem Hintergrund nur allmählich gelockert wird, dämpft den Ausblick für die Industrieproduktion und die Investitionen.

**Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen**



Quelle: LSEG Datastream

Für die Weltwirtschaft gehen Risiken weiterhin von den geopolitischen Spannungen etwa in der Ukraine, im Nahen Osten und rund um Taiwan aus. Mit diesen Spannungen bleibt die Unsicherheit hoch, und eine Eskalation der Konflikte in erdöl- oder erdgasreichen Regionen könnte die Energiepreise wieder kräftig steigen lassen.

Risiken bestehen auch hinsichtlich der globalen Handelskonflikte und im Hinblick auf die künftige Ausrichtung der US-Politik nach den dortigen Präsidentschaftswahlen. Handelsbarrieren wirken nicht nur negativ auf die Exporte, sondern erhöhen auch die Inflation, wenn Importe mit Zöllen belegt werden. Das vielerorts starke Lohnwachstum könnte die Disinflation und die geldpolitische Lockerung bremsen. Die zeitweiligen Turbulenzen an den Aktienmärkten im August machen deutlich, dass auch von den Finanzmärkten Risiken für die Konjunktur ausgehen können, etwa wenn es zu abrupten Kurskorrekturen kommt.

## 2.2 Länder und Regionen

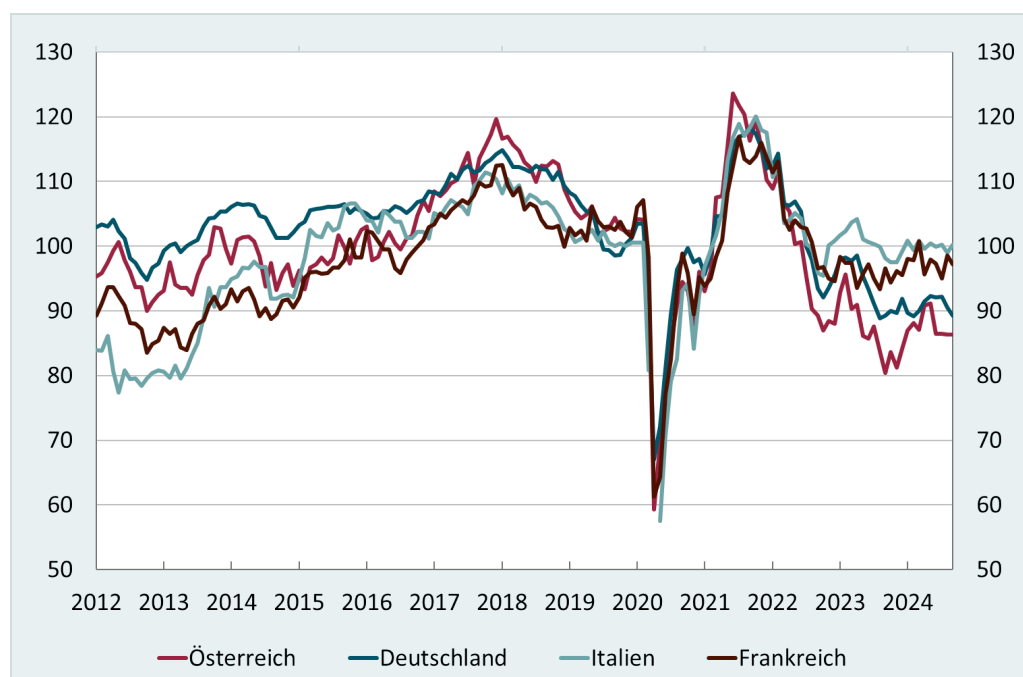
Im **Euroraum** wurde die wirtschaftliche Stagnation im ersten Halbjahr 2024 überwunden, die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte im ersten Quartal um 0,3 % und im zweiten um 0,2 %. Während die Dienstleistungen deutlich zulegten, hielt die Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe an. Entsprechend heterogen verlief die Entwicklung in den Mitgliedstaaten. In Ländern mit einem hohen Industrieanteil an der Wertschöpfung war die Konjunktur tendenziell schwächer als in Ländern mit einem starken Tourismussektor. Auf der Verwendungsseite wurden im Frühjahr die Exporte deutlich ausgeweitet, während der private Konsum stagnierte und die Investitionen weiter zurückgingen. Im Außenhandel waren die Aus- und Einfuhren von Dienstleistungen deutlich dynamischer als der Handel mit Waren, was die Schwäche in der Industrie widerspiegelt.

Der Preisauftrieb schwächt sich weiter ab, wenngleich nur zögerlich. Die am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflation sank im August auf 2,2 % und erreichte damit den niedrigsten Stand seit drei Jahren, nachdem sie in den Vormonaten weitgehend unverändert bei 2 ½ % geblieben war. Die Kernrate blieb hingegen auch im August stabil bei knapp unter 3 %. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor robust. Obwohl die gesamtwirtschaftliche Produktion über das vergangene Jahr hinweg stagnierte und die Expansion in diesem Jahr bisher moderat war, sank die Arbeitslosenquote im Juli auf ihren historischen Tiefststand von 6,4 %. Die Beschäftigung blieb bis zuletzt aufwärts gerichtet. Sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch die gesamte geleistete Arbeitszeit nahmen im ersten Quartal saisonbereinigt um 0,3 % und im zweiten Quartal um 0,2 % zu.

Trotz der Leitzinssenkungen der Europäischen Zentralbank (EZB) vom Juni und September dieses Jahres wirkt die Geldpolitik weiterhin restriktiv, da sich die kurzfristigen Realzinsen noch deutlich über dem neutralen Niveau befinden dürften. Das aggregierte Budgetdefizit der Mitgliedsländer im Euroraum war im Jahr 2023 nahezu gleich hoch wie im Jahr davor. Dem Auslaufen diskretionärer Maßnahmen

standen höhere Ausgaben sowie niedrigere Steuereinnahmen infolge der schwachen Konjunktur entgegen. Entsprechend hat sich der strukturelle (also der um den Einfluss der Konjunktur und um Einmalmaßnahmen bereinigte) gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2023 verbessert, was auf eine Straffung der Finanzpolitik hindeutet. Bereinigt um die Transfers aus dem NextGenerationEU-Programm war der Restriktionsgrad allerdings deutlich geringer. Alles in allem dürften sowohl die Geld- als auch die Fiskalpolitik im Prognosezeitraum restriktiv wirken, wenn auch mit abnehmender Intensität.

**Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)**



Anmerkung: Für Italien wird für April 2020 kein Wert ausgewiesen.

Quelle: Europäische Kommission, LSEG Datastream

Die Vorlaufindikatoren geben derzeit wenig Hinweise auf eine stärkere Belebung der Konjunktur (Abbildung 8). Die gesamtwirtschaftliche Expansion dürfte sich im zweiten Halbjahr 2024 mit annähernd unverändertem Tempo fortsetzen. Die Dynamik im Dienstleistungssektor, welche die Konjunktur zuletzt getragen hat, dürfte abnehmen, etwa weil der Tourismus immer mehr an Kapazitätsgrenzen stößt. Auch für das Verarbeitende Gewerbe lassen die Indikatoren vorerst keinen Aufschwung erwarten. Erst für das kommende Jahr ist mit einer Erholung in diesem Wirtschaftsbereich zu rechnen. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 mit 0,7 % etwas stärker steigen als im Vorjahr (Tabelle 2). Im kommenden Jahr dürfte die Lockerung der Geldpolitik die Konjunktur allmählich anregen, insbesondere die Investitionen. Darüber hinaus dürfte der private Konsum von

Reallohnzuwächsen profitieren. Für das Jahr 2025 ist mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,3 % zu rechnen.

Die Inflation wird im Prognosezeitraum voraussichtlich weiter sinken und im Jahr 2025 das Inflationsziel der EZB von 2 % erreichen. Aufgrund der Volatilität der Energiepreiskomponente wird die Entwicklung aber nicht stetig verlaufen. Die Kernrate wird infolge anhaltend hoher Preisanstiege bei den Dienstleistungen noch längere Zeit deutlich erhöht bleiben. Die Arbeitslosigkeit wird weiter leicht sinken, nicht zuletzt wegen der Arbeitskräfteknappheit in vielen Ländern des Euroraums.

**Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent**

	2023	2024	2025
BIP-Veränderung	0,4	0,7	1,3
Arbeitslosenquote	6,6	6,4	6,3
HVPI-Inflation	5,4	2,5	2,0

Quelle: Eurostat, ab 2024 Prognose des IHS

Die **Vereinigten Staaten** befanden sich im ersten Halbjahr 2024 weiterhin auf einem soliden Konjunkturpfad. Im zweiten Quartal expandierte das BIP mit 0,7 % wieder verstärkt, nachdem der Anstieg im ersten Quartal 0,4 % betragen hatte. Sowohl der private und der öffentliche Konsum als auch die Bruttoanlageinvestitionen wurden ausgeweitet. Die Exporte verzeichneten einen leichten Anstieg, während die Importe wie auch schon im ersten Quartal etwas stärker als die Exporte expandierten. Der Außenbeitrag zum BIP-Wachstum fiel daher negativ aus. Für das dritte Quartal weisen die BIP-Echtzeitindikatoren der Federal Reserve Banken von New York und Atlanta auf eine Fortsetzung der soliden konjunkturellen Dynamik hin. Der ISM-Einkaufsmanagerindex weist darauf hin, dass die Expansion weiterhin durch den Dienstleistungssektor getragen wird, wohingegen die Umfrage im produzierenden Bereich gegen eine Ausweitung spricht. Die Industrieproduktion hat zuletzt stagniert.

Der Arbeitsmarkt zeigte in den vergangenen Monaten Zeichen einer langsamen Abkühlung, weist aber nach wie vor eine sehr solide Entwicklung aus. Das monatliche Beschäftigungswachstum hat sich im Schnitt der letzten sechs Monate auf 164.000 neu geschaffene Jobs verlangsamt. Im Vergleich dazu lag das Beschäftigungswachstum im vergangenen Jahr im Durchschnitt noch deutlich über 200.000 neuen Stellen. Die Arbeitslosenquote stieg seit dem letzten Jahr tendenziell an, im August lag sie bei 4,2 %. Die Lohnzuwächse haben sich etwas verlangsamt. Der Anstieg der durchschnittlichen Stundenlöhne lag im August bei 3,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

In der Fiskalpolitik besteht Konsolidierungsbedarf, eine Budgetkonsolidierung ist aber nicht in Sicht und die Unsicherheit über die Finanzpolitik ist nicht zuletzt aufgrund der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen hoch. Im Jahr 2023 lag das Budgetdefizit bei 6,0 %, wozu die industriepolitischen Programme Inflation Reduction Act und CHIPS Act beigetragen haben. Für das laufende Jahr ist ein Budgetdefizit von 6,5 % zu erwarten. Die Staatsschuldenquote dürfte damit auf den historisch hohen Stand von 125 % steigen.

Nach einer vorübergehenden Seitwärtsbewegung war die Inflation zuletzt wieder rückläufig und lag im August bei 2,5 %. Die Kerninflationsrate ging ebenfalls zurück und lag bei 3,3 %. Infolge des Fortschritts bei der Inflationsbekämpfung und der Abkühlung am Arbeitsmarkt hat die Notenbank Fed im September die Bandbreite für den Leitzinssatz um einen halben Prozentpunkt auf 4,75 % bis 5,0 % gesenkt. Insgesamt steuert die Wirtschaft auf eine sanfte Landung zu. Das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal und die Indikatoren für das dritte Quartal lagen etwas über der Erwartung des Instituts in der Sommer-Prognose. Daher wird die BIP-Prognose für das laufende Jahr auf 2,6 % angehoben. Für das Jahr 2025 wird mit 1,7 % ein BIP-Wachstum nahe dem Potenzialwachstum angenommen.

Nach einem deutlichen Rückgang im ersten Quartal, der durch Sondereffekte verursacht wurde, verzeichnete die Wirtschaft in **Japan** im zweiten Quartal einen starken Anstieg. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich um 0,7 % zum Vorquartal. Im Vorjahresvergleich sank es aber um 1,0 %. Der Aufschwung im Vorquartalsvergleich wurde vom privaten Konsum getragen. Dieser verzeichnete zum ersten Mal seit fünf Monaten einen Anstieg. Steuererleichterungen und die stärksten Lohnerhöhungen seit mehr als dreißig Jahren begünstigten die Expansion des Konsums. Aber auch die privaten und öffentlichen Investitionen nahmen kräftig zu. Sowohl die Exporte als auch die Importe erholten sich, doch der Außenhandel leistete einen negativen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Während die Aktivität im Dienstleistungssektor im Sommer weiter anstieg, zeigte das Verarbeitende Gewerbe im Juli und August nur eine schwache Dynamik. Die Arbeitslosenquote blieb im Juli mit 2,7 % konstant auf einem niedrigen Niveau.

Nachdem die Inflation im Juni und Juli bei 2,8 % verharrt hatte, beschleunigte sie sich im August auf 3,0 %. Höhere Energiepreise, auch infolge einer teilweisen Beendigung von staatlichen Programmen zur Abfederung der Energiekrise, und teurere Nahrungsmittel waren dafür ausschlaggebend. Die hartnäckig hohe Inflation veranlasste die Bank of Japan im März erstmals seit 2007, ihr kurzfristiges Zinsziel für den Tagesgeldsatz leicht zu erhöhen. Im Juli folgte eine weitere Straffung der Geldpolitik, als die Zentralbank den Leitzins von 0,1 % auf 0,25 % anhob und ankündigte, ihre monatlichen Anleihekäufe schrittweise zu reduzieren. Zudem

signalisierte sie weitere Zinserhöhungen. Die straffere Geldpolitik führte zu einer deutlichen Aufwertung des japanischen Yen, nach einer massiven Abwertung in den letzten zwei Jahren.

Da infolge anhaltender Inflation der private Konsum weniger stark zunehmen dürfte, ist mit einer Verlangsamung der Wirtschaftsaktivität in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres zu rechnen. Nach einem Wachstum um 0,3 % im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr um 1,0 % expandieren. Aufgrund der demografischen Entwicklung bleibt das Wachstumspotenzial der japanischen Wirtschaft gering.

Nach dem kräftigen Anstieg im ersten Quartal verlangsamte sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der **Volksrepublik China** im zweiten Quartal. Die Wirtschaftsleistung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 % und im Vergleich zum Vorquartal lediglich um 0,7 %. Die nachlassende inländische Konsumnachfrage bremste das Wirtschaftswachstum, während die Investitionstätigkeit (einschließlich Lagerveränderungen) das BIP stärker als in den Vorquartalen stützte. Der Abschwung im Immobiliensektor setzte sich fort. Die im Mai beschlossenen umfangreichen Maßnahmen zur Stützung des Immobilienmarktes entfalten vorerst nur eine geringe Wirkung. Wie bereits im ersten Quartal wurde das BIP-Wachstum im zweiten Quartal maßgeblich von starken Exporten und schwachen Importen getragen.

Um die Wirtschaft zu stützen, hat die People's Bank of China im Juli sowohl den einjährigen Leitzins als auch den für die Finanzierung von Bauvorhaben wichtigen fünfjährigen Leitzins leicht gesenkt. Trotz Zinssenkungen bleibt die Nachfrage nach Finanzierungen im privaten Sektor insgesamt gedämpft, mit einer jährlichen Wachstumsrate des Bankkreditbestands von rund 8 %. Dies ist die geringste Wachstumsrate seit mehr als 20 Jahren. Auch der Bestand an von Unternehmen ausgegebenen Anleihen wächst jährlich um lediglich rund 2 %. Gleichzeitig steigt die Verschuldung des öffentlichen Sektors spürbar an, bedingt durch die verstärkte Ausgabe neuer Staatsanleihen.

Die Verbraucherpreise stiegen im August im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %, angetrieben durch höhere Nahrungsmittelpreise. Die Kerninflation sank aufgrund der schwachen Konjunktur auf 0,3 %. Die wirtschaftliche Dynamik wird voraussichtlich auch in naher Zukunft gedämpft bleiben. Die Indikatoren weisen darauf hin, dass sich die Wirtschaftslage im August weiter verschlechtert hat. Besonders das Wachstum der inländischen Konsumnachfrage bleibt schwach. Das nominale jährliche Wachstum der Investitionen in Anlagegüter verlangsamte sich auf 2 %, nachdem es von Jänner bis Juli noch 3,6 % betragen hatte. Die Investitionen

ausländischer Unternehmen sind im Zeitraum Jänner bis August um fast 20 % zurückgegangen. Auch die Aktivität im Immobiliensektor bleibt weiterhin schwach.

Um die Wirtschaft des Landes anzukurbeln, kündigte die chinesische Zentralbank Ende September ein umfassendes Maßnahmenpaket an. Diese Maßnahmen sollen dem Finanzmarkt etwa eine Billion Yuan (rund 125,5 Milliarden Euro) an zusätzlicher Liquidität bereitstellen. Insgesamt erwartet das IHS für die Jahre 2024 und 2025 ein BIP-Wachstum von 4,8 % bzw. 4,5 %. Strukturelle Probleme und die demografische Entwicklung belasten die mittelfristigen Wachstumsaussichten. Als Reaktion auf diese Herausforderungen wird ab dem nächsten Jahr das Renteneintrittsalter über die nächsten 15 Jahre schrittweise um durchschnittlich etwa drei Monate pro Jahr angehoben. Gleichzeitig verschärfen die wachsenden Handelskonflikte mit westlichen Ländern die Risiken.

Die **deutsche Wirtschaft** stagniert seit Ende 2022. Die Wirtschaftsleistung legte zwar zu Jahresbeginn leicht zu, ging aber im zweiten Quartal schon wieder zurück. Konjunkturelle und strukturelle Faktoren tragen zu dieser ausgeprägten Schwäche bei. Neben den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und der Dekarbonisierung hat wohl auch der zunehmende Wettbewerb mit Unternehmen aus China strukturelle Anpassungsprozesse in der Industrie ausgelöst. Dies dürfte ein wesentlicher Grund für die fortgesetzten Wertschöpfungseinbußen im Verarbeitenden Gewerbe sein. Im ersten Halbjahr 2024 war sie um 1,1 % niedriger als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres. Wohl infolge der hohen Zinsen ging auch in der Bauwirtschaft die Wertschöpfung zurück, während sie in einigen Dienstleistungsbereichen zulegte. Auf der Verwendungsseite sanken die Anlageinvestitionen, vor allem jene in Ausrüstungen. Die Exporte und der Konsum wurden im ersten Halbjahr mit wenig Schwung ausgeweitet, der Konsum ging im zweiten Quartal sogar zurück.

Trotz der Konjunkturschwäche zeigt sich der Arbeitsmarkt recht robust. Zwar ist die Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr gestiegen, gleichzeitig legte aber auch die Beschäftigung zu. Mit 6,0 % war die Arbeitslosenquote im August um einen Prozentpunkt höher als auf ihrem Tiefstwert vom Frühjahr 2022. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Juli einen neuen Höchststand im vereinten Deutschland und ging im August leicht zurück. Aufgrund des demografischen Wandels dürfte in den kommenden Monaten die Beschäftigung kaum noch zunehmen, während die Arbeitslosigkeit wegen der erwarteten Konjunkturerholung allmählich sinken dürfte.

Die Inflation ist in den vergangenen Monaten deutlich gesunken und erreichte im August 1,9 % (laut HVPI 2,0 %). Bei den Dienstleistungen bleibt die Teuerung aber weiterhin hoch und liegt seit Mai bei knapp 4 %. Dies ist wohl vor allem auf die



Weitergabe der weiterhin steigenden Lohnkosten zurückzuführen. Mit dem Wegfall der Inflationsausgleichsprämien im Jahr 2025 und niedrigeren Tarifabschlüssen ist zu erwarten, dass sich auch der Anstieg der Dienstleistungspreise abschwächen wird.

Die Konjunkturindikatoren haben sich eingetrübt. So sinken der ifo Geschäftsklimaindex und die ifo Exporterwartungen seit mehreren Monaten. Dies deutet darauf hin, dass das Bruttoinlandsprodukt auch in der zweiten Jahreshälfte weitgehend stagniert. Erst ab dem kommenden Jahr sollten die Exporte und der Konsum wieder etwas an Schwung gewinnen. Für den Jahresdurchschnitt 2024 ist mit einer stagnierenden Wirtschaftsleistung zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte sie um 0,8 % zulegen

Die **italienische Wirtschaft** setzte im ersten Halbjahr 2024 ihre moderate Expansion fort. Im zweiten Quartal stieg das BIP um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal, nachdem der Anstieg im ersten Quartal 0,3 % betragen hatte. Sowohl der private Konsum als auch die Bruttoanlageinvestitionen trugen zu dem Wachstum bei, während der öffentliche Konsum zurückging. Die Exporte und die Importe waren rückläufig. Auf der Entstehungsseite des BIP trugen der Bausektor und die Dienstleistungen zum Wachstum bei, während die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zurückging. Die Industrieproduktion lag im ersten Halbjahr im Durchschnitt um 3,2 % unter dem Vergleichszeitraum im Vorjahr. Der Fremdenverkehr hat sich im Frühjahr mit Ausnahme des Monats April sehr positiv entwickelt. Im Juni und im Juli lagen die ausländischen Nächtigungen im Durchschnitt leicht über dem Vorjahr. Insgesamt lagen die Ankünfte und Nächtigungen in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres deutlich über dem Rekordjahr 2019. Trotz der moderaten Konjunktur zeigt der Arbeitsmarkt weiterhin ein robustes Bild. Im Juli lag die Zahl der Beschäftigten mit rund 24 Millionen auf einem Rekordniveau. Die Arbeitslosenquote lag bei 6,5 % und damit auf einem historisch niedrigen Niveau.

Die Inflationsrate verweilte seit dem Ende des letzten Jahres auf einem sehr niedrigen Niveau und lag im August bei 1,1 %, was vor allem auf die sinkenden Energiepreise zurückzuführen war. Die Kerninflationsrate lag im August bei 1,9 %. Die sinkende Inflation sowie Nominallohnanstiege unterstützen die Kaufkraft und den privaten Konsum im laufenden Jahr. Im ersten Quartal 2024 wurde ein Zuwachs der Realeinkommen um 3,2 % im Vergleich zum Vorjahresquartal verzeichnet. Während die großzügigen Steuergutschriften für die energetische Sanierung von Wohngebäuden auslaufen, tragen Infrastrukturinvestitionen aus den NextGenerationEU-Mitteln zur Konjunkturbelebung bei. Das Institut belässt die BIP-Prognosen für das laufende und das nächste Jahr unverändert gegenüber der Sommer-Prognose bei 0,9 % und 1,1 %.



Die **französische Wirtschaft** expandierte im zweiten Quartal 2024 moderat um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal, nachdem im ersten Quartal ein Anstieg um 0,3 % verzeichnet worden war. Während der private Konsum nur leicht anstieg, wurde der öffentliche Konsum etwas stärker ausgeweitet. Die Bruttoanlageinvestitionen gingen hingegen bereits das dritte Quartal in Folge zurück. Die Exporte stiegen stärker als die Importe, wodurch sich ein positiver Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft ergab. Die Industrieproduktion lag im ersten Halbjahr im Durchschnitt um 0,6 % unter der Vergleichsperiode im Vorjahr. Die angespannte Lage in der Industrie hat sich über den Sommer nicht verbessert und die Industrieproduktion fiel im Juli weiter. Die Arbeitslosenquote stieg seit der zweiten Jahreshälfte 2023 leicht an, blieb aber im historischen Vergleich niedrig. Im Juli lag sie bei 7,5 %. Die Inflationsrate ging in den letzten Monaten kontinuierlich zurück und lag im September bei 1,2 %. Seit August liegt die Inflationsrate erstmals seit drei Jahren wieder unter 2 %. Die sinkende Inflation trug dazu bei, dass sich das Konsument:innenvertrauen erholt hat, im historischen Vergleich aber auf einem zurückhaltenden Niveau verharrte. Die Vorsicht der Konsument:innen zeigt sich auch in einer deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegenden Sparquote, obwohl die Realeinkommen im ersten Halbjahr im Durchschnitt um 1,7 % anstiegen.

Das Geschäftsklima blieb trotz der kurzfristigen Belebung durch die Olympischen und Paralympischen Spiele im Sommer in Paris auf einem verhaltenen Niveau. Der Geschäftsklimaindex ist im Zuge der Parlamentswahlen im Juli sogar stark gefallen, hat sich aber im August wieder erholt. Die Unternehmensumfrage der Banque de France ergab im August, dass die Auftragslage in der Industrie nach wie vor als schwach eingeschätzt wird. Insbesondere im Bausektor sind die Auftragsbestände auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachkräften nehmen ab, hingegen wird die Nachfrage zunehmend als limitierender Faktor gesehen. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich ein moderates Wachstum fortsetzen. Das Institut rechnet für die Jahre 2024 und 2025 jeweils mit einem BIP-Wachstum von 1,1 %.

Im **Vereinigten Königreich** ist die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2024 mit 0,6 % gegenüber dem Vorquartal solide gewachsen. Insbesondere die Investitionen und in geringerem Ausmaß der Konsum lieferten dabei positive Beiträge, während vom Außenhandel ein deutlich negativer Wachstumsbeitrag ausging. Die Lage am Arbeitsmarkt kühlt sich langsam ab. Die Zahl der offenen Stellen geht seit gut zwei Jahren zurück und hat nun ihr Vor-Pandemie-Niveau fast erreicht. Die Arbeitslosenquote ist allerdings in den vergangenen Monaten geringfügig zurückgegangen und lag zuletzt bei 4,1 %. Die Vorlaufindikatoren zeichnen ein schwach positives Bild der Wirtschaftsleistung. Die Einkaufsmanagerindizes für das

Verarbeitende Gewerbe und für den Dienstleistungssektor sind im September zwar leicht zurückgegangen, beide Indikatoren liegen aber knapp über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Die Stimmung unter den Verbraucher:innen hat sich nach einer positiven Entwicklungen in den Vormonaten im September eingetrübt.

Die Dämpfung des privaten Konsums durch den erhöhten Preisanstieg sollte im Prognosezeitraum langsam auslaufen. Die Inflation ist von ihrem Rekordniveau im Oktober 2022 (11,1 %) deutlich zurückgegangen und lag im August, wie im Vormonat, bei 2,2 %, nach noch niedrigeren Werten im Mai und Juni. Die Bank of England hat daraufhin im August ihre erste Zinssenkung im laufenden Zinszyklus vorgenommen. Der Leitzins liegt gegenwärtig bei 5 % und weitere Schritte nach unten werden erwartet. Mit dem erwarteten Zinsrückgang sollten der private Konsum und die Investitionen die Wirtschaft in Zukunft wieder stärker tragen. Auch von der steigenden globalen Nachfrage dürften positive Impulse ausgehen. Eine Herausforderung bleiben vor dem Hintergrund der hohen Staatsverschuldung (rund 100 % des BIP) die dringend notwendigen öffentlichen Investitionen, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung. Alles in allem sollte das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum um 1,0 % bzw. 1,3 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** ist im zweiten Quartal des laufenden Jahres um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Insbesondere die Industrieproduktion und Finanz- und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen entwickelten sich gut, während der Einzelhandel schrumpfte. Verwendungsseitig gingen die Ausrüstungsinvestitionen zurück, während vor allem der Außenhandel das Wachstum stützte. Am Arbeitsmarkt wächst die Beschäftigung weiterhin solide, die Arbeitslosigkeit ist allerdings zuletzt leicht gestiegen (August: 2,4 %). Die Inflation hat sich in den vergangenen Monaten weiter abgeschwächt und lag im August bei 1,1 %. Dies hat die Schweizerische Nationalbank im September neuerlich dazu veranlasst, ihren Leitzinssatz auf gegenwärtig 1 % zu senken. Dies ist die dritte Reduktion der Leitzinsen im laufenden Jahr und es wird eine weitere erwartet. Die Schweizer Notenbank hat neuerlich bekräftigt, auf den Devisenmärkten aktiv zu werden, falls der Wert des Schweizer Franken zu stark steigen sollte.

Die Stimmungsindikatoren entwickeln sich vorsichtig positiv. Sowohl der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor als auch jener für die Industrie sind im August deutlich gestiegen und befinden sich nun oberhalb bzw. nur noch knapp unterhalb der Wachstumsschwelle. Auch das KOF Konjunkturbarometer stieg im August, nach einem leichten Rückgang im Vormonat. Das Wachstum im Prognosezeitraum sollte vor allem vom privaten Konsum und, mit dem Erstarren der

globalen Nachfrage, vom Außenhandel getragen werden. Das Institut erwartet für das laufende und das kommende Jahr BIP-Wachstumsraten von 1,5 % bzw. 1,4 %.

Nach einer robusten Entwicklung am Anfang dieses Jahres verlangsamte sich die Wirtschaftsdynamik im zweiten Quartal in den meisten **mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union**. In Ungarn, Rumänien, Tschechien und Kroatien führten die rückläufige Industriewertschöpfung sowie wetterbedingte Ausfälle in der Landwirtschaft vielerorts zu einer schwachen Wirtschaftsdynamik. Besonders betroffen war die Industrieproduktion in energieintensiven Sektoren. In Polen und der Slowakei hingegen festigte sich die positive Entwicklung, da die Industrieproduktion zunahm. Darüber hinaus nutzte Polen umfangreich Zuschüsse und Kredite aus dem NextGenerationEU-Programm. Der Konsum der privaten Haushalte, gestützt durch einen robusten Arbeitsmarkt und stark steigende Löhne und Gehälter, war überall der Haupttreiber des Wachstums. Auch der öffentliche Konsum trug wesentlich zum BIP-Wachstum bei, insbesondere in Slowenien und Polen. Die Investitionen stiegen in allen Ländern außer Ungarn und Slowenien, wobei der Rückgang in Ungarn besonders deutlich ausfiel. Diese beiden Länder haben im Verhältnis zum BIP bisher die geringsten Mittel aus den EU-Fonds abgerufen. Vom Außenhandel kamen kaum positive Impulse, da die Hauptabsatzmärkte, insbesondere Deutschland und andere EU-Länder, unter schwacher Nachfrage litten. Fehlende Impulse aus dem Ausland belasten vor allem die Industrie.

Die Arbeitsmärkte bleiben weiterhin angespannt. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten im Juli Tschechien und Polen mit 2,7 % bzw. 2,9 %, die höchste die Slowakei mit 5,4 %. Die starke Steigerung der Arbeitskosten pro Stunde im Vorjahresvergleich, die im ersten Quartal zu beobachten war, setzte sich im zweiten Quartal in allen Ländern der Region fort. Während in Tschechien und Slowenien die Arbeitskosten mit rund 6 % leicht über dem Durchschnitt der EU zunahmen, stiegen sie in den übrigen Ländern mit zweistelligen nominellen Raten besonders stark. Dabei verzeichnete Kroatien die höchste Steigerung mit rund 18 %.

Nach der anhaltende Disinflation im Vorjahr und im ersten Halbjahr dieses Jahres sind die Teuerungsraten in Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei in den letzten zwei Monaten auch infolge auslaufender Unterstützungsmaßnahmen wieder gestiegen. In den kommenden Monaten ist in diesen Ländern mit weiteren Anstiegen der Inflationsraten zu rechnen. Im nächsten Jahr dürfte sich die Inflation jedoch weiter abschwächen. Es bestehen aber Aufwärtsrisiken, insbesondere durch die bevorstehenden Anpassungen der Energiepreise in der Slowakei und Rumänien sowie durch mögliche Steuererhöhungen im Zuge der Haushaltskonsolidierungspläne in mehreren Ländern.

Die Zentralbanken Tschechiens, Ungarns und Rumäniens haben ihre Leitzinsen im Laufe des Jahres mehrfach gesenkt, die polnische Zentralbank tat dies schon Ende 2023. Angesichts des begrenzten Spielraums für weitere Zinssenkungen und der zunehmend vorsichtigen Haltung der Zentralbanken sind bis Jahresende nur noch wenige Leitzinssenkungen zu erwarten. Im Jahr 2025 dürfte die geldpolitische Lockerung fortgesetzt werden, da die Inflation in Richtung der Ziele der Zentralbanken sinken dürfte. Aktuell liegen die Leitzinsen noch deutlich über den erwarteten Inflationsraten, wodurch die Realzinsen hoch sind. Dies wird voraussichtlich zu einer nur moderaten Zunahme der Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum führen. Das Wirtschaftswachstum wird hauptsächlich durch den privaten Konsum angetrieben. Lockerungen bei den Finanzierungsbedingungen und ein Anstieg der EU-Mittelzuflüsse werden die Investitionen im nächsten Jahr unterstützen. Mit einer Erholung der Auslandsnachfrage dürften die Exporte im Laufe des kommenden Jahres zunehmen. Allerdings werden auch die Importe wieder anziehen, da die Lagerbestände niedrig sind und Investitionen und Konsum eine hohe Importneigung aufweisen. Die Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe bleibt ein Abwärtsrisiko für die Konjunktur. Die Erholung der deutschen Industrie dürfte über Vorleistungsverflechtungen das Wachstum in der Region stützen.

Die Konsolidierung öffentlicher Budgets rückt aufgrund hoher Defizite in Polen, Ungarn, der Slowakei und Rumänien stärker in den Fokus. Während Polen keine Budgetkonsolidierung für das nächste Jahr anstrebt, plant Tschechien eine Senkung des Budgetdefizits. Risiken für die Finanzpolitik bestehen durch zusätzliche Ausgaben vor den bevorstehenden Wahlen in Rumänien, Polen und Tschechien sowie steigende Verteidigungsausgaben in den NATO-Ländern, vor allem in Polen. Insgesamt wird für 2024 ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den MOEL-5 um 2,3 % erwartet, und im folgenden Jahr dürfte das Wachstum auf 3,2 % steigen.

Trotz einer Abschwächung der Dynamik im zweiten Quartal expandierte das Bruttoinlandsprodukt in **Russland** im ersten Halbjahr um 4,7 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Staatsausgaben, insbesondere die Militärausgaben, stützten auch im zweiten Quartal den Konsum und die Investitionen. Dabei erhöhten sich die Staatsausgaben im gesamten Zeitraum Jänner bis Juli um 23 % gegenüber dem Vorjahr. Kräftige Einnahmen aus dem Ölexport erleichterten die Finanzierung der Staatsausgaben. Vor allem die mit dem Krieg verbundenen Branchen, das Baugewerbe und der Einzelhandel verzeichneten ein starkes Wachstum. Die Verbraucherpreisinflation hat sich im Laufe des Vorjahres, auch bedingt durch eine erhebliche Abwertung des Rubel, deutlich verstärkt. Zur Eindämmung der Inflation erhöhte die Zentralbank Mitte September den Leitzins auf 19 % und signalisierte, dass in den kommenden Monaten weitere Zinserhöhungen folgen könnten. Die

Teuerungsrate blieb, angetrieben durch den starken privaten Konsum, hoch und betrug im August 9,1 %. Dabei stiegen die Preise für Dienstleistungen gegenüber dem Vorjahr um fast 12 % und jene für Lebensmittel um 10 %. Die Arbeitslosigkeit sank im Juli auf 2,4 %. Es besteht ein Mangel an Arbeitskräften sowohl in hochqualifizierten als auch in weniger qualifizierten Bereichen.

Nach vorläufiger Schätzung des russischen Wirtschaftsministeriums hat sich das jährliche BIP-Wachstum im Juni und Juli unter dem Einfluss der restriktiven Geldpolitik auf etwa 3 % verlangsamt. Die Produktion in der Rohstoffgewinnung sowie im Verarbeitenden Gewerbe ist in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen. Das Wachstum im Baugewerbe und im Einzelhandel hat ebenfalls nachgelassen. Kräftig entwickelte sich hingegen die landwirtschaftliche Produktion.

Der Mangel an Arbeitskräften bremst das Produktionswachstum, während die Löhne deutlich zunehmen. Die Kapazitätsauslastung befindet sich auf einem historischen Höchststand, und die Einfuhr von Investitionsgütern wird durch Sanktionen erschwert. Von Jänner bis Juli lag der Wert der Warenimporte um 6 % unter dem Vorjahreswert. Für dieses und das kommende Jahr wird erwartet, dass der Großteil der Investitionen in die Rüstungsindustrie fließt. Laut Budgetentwurf für 2025 sollen die öffentlichen Ausgaben gegenüber 2024 um etwa 10 % steigen. Insbesondere die Verteidigungsausgaben sollen im nächsten Jahr um 27 % über dem für dieses Jahr veranschlagten Betrag liegen. Der wirtschaftliche Aufschwung wird weiterhin maßgeblich durch die starke Konsum- und Investitionsnachfrage getragen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 3,8 % und im Jahr 2025 um 1,8 % wachsen.

**Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent**

	2021	2022	2023	2024	2025
BIP, real					
Deutschland	3,4	1,7	-0,3	0,0	0,8
Italien	8,9	4,7	0,7	0,9	1,1
Frankreich	6,9	2,6	0,9	1,1	1,1
Vereinigtes Königreich	8,6	4,8	0,1	1,0	1,3
Schweiz	5,6	3,0	0,7	1,5	1,4
USA	5,8	1,9	2,5	2,6	1,7
Japan	2,7	1,2	1,7	0,3	1,0
China	8,4	3,0	5,2	4,8	4,5
Polen	6,9	5,6	0,2	3,0	3,5
Slowakei	4,8	1,9	1,6	2,3	2,8
Tschechien	4,0	2,8	-0,1	1,0	2,8
Ungarn	7,1	4,6	-0,9	1,5	3,0
Slowenien	8,4	2,7	2,1	1,5	2,5
MOEL-5 <sup>i</sup>	6,3	4,5	0,2	2,3	3,2
Bulgarien	7,7	3,9	1,8	2,3	3,0
Rumänien	5,7	4,1	2,1	1,8	3,0
Kroatien	13,0	7,0	3,1	3,3	2,8
Russland	5,9	-1,2	3,6	3,8	1,8
Euroraum	6,2	3,3	0,4	0,7	1,3
NMS-5 <sup>ii</sup>	6,2	4,7	0,4	2,2	3,2
EU-27	6,2	3,3	0,4	0,8	1,5
OECD	6,0	3,0	1,7	1,8	1,8
Welt	6,4	3,4	3,0	3,0	3,1
Welthandel (Waren laut CPB)	10,0	3,2	-1,1	1,3	2,5
Österreichische Exportmärkte	10,4	7,1	-0,8	0,0	2,5
USD/EUR-Wechselkurs <sup>iii</sup>	1,18	1,05	1,08	1,09	1,10
Rohölpreis <sup>iii</sup>	70,7	100,8	82,6	80,6	72,5

<sup>i</sup>MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

<sup>ii</sup>NMS-5: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien

<sup>iii</sup>absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, LSEG Datastream, ab 2024 Prognose des IHS

## 3 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft

### 3.1 Außenwirtschaft

Die österreichische Außenwirtschaft leidet unter der internationalen Konjunkturschwäche. Mit Ausnahme der anhaltend guten Konjunktorentwicklung in den Vereinigten Staaten sind Österreichs wichtigste Exportmärkte von einer schwachen Konjunktur gekennzeichnet. Insbesondere wird die heimische Industrie durch die ausgeprägte Schwäche des wichtigsten Handelspartners Deutschland in Mitleidenschaft gezogen. Der globale Warenhandel scheint sich zwar in der ersten Jahreshälfte wieder zu beleben, für den heimischen Warenaußenhandel zeigt sich jedoch nach dem starken Rückgang im ersten Halbjahr im besten Fall eine Stabilisierung zur Jahresmitte.

Die realen Warenexporte gingen im ersten Halbjahr um 6,0 % gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr zurück. Mit wenigen Ausnahmen trugen fast alle Warenkategorien zu dem Rückgang bei. Maschinen und Fahrzeuge, die mit rund 40 % der gesamten Warenexporte wichtigste Produktgruppe, gingen im ersten Halbjahr nominell um 6,4 % gegenüber der Vorjahresperiode zurück, wobei insbesondere die Ausfuhren von Maschinen und Fahrzeugen nach Deutschland negativ ins Gewicht fielen (-8,3 %). Auch bearbeitete Waren und konsumnahe Güter (rund 30 % der gesamten Warenexporte) zeigten mit einem durchschnittlichen Rückgang von 6,9 % in der ersten Jahreshälfte eine schwache Entwicklung. Die mit einem Anteil von rund 18 % ebenfalls wichtigen Chemischen Erzeugnisse haben sich hingegen mit einem Anstieg von 4,3 % im ersten Halbjahr positiv entwickelt. Neben Deutschland gingen die Warenexporte im ersten Halbjahr auch nach Italien und in die wichtigsten MOEL-Exportländer (Ungarn, Polen, Tschechien) zurück, während die Warenexporte nach Frankreich stagnierten. Entgegen der insgesamt negativen Entwicklung verzeichneten die nominellen Warenexporte in die Vereinigten Staaten, nach China und in die Schweiz in der ersten Jahreshälfte Zuwächse. Die Vorlaufindikatoren für die Warenexporte wiesen zuletzt im besten Fall auf eine Stabilisierung auf einem niedrigen Niveau hin, ein Wendepunkt ist allerdings noch nicht erkennbar. Die Einschätzung der Exportauftragsbestände in der Sachgüterindustrie hat sich auf einem verhaltenen Niveau eingependelt, blieb aber bislang ohne ersichtliche Aufhellung. Der FIW Trade Indicator signalisierte für Juli und August noch keine grundlegende Trendwende für die Warenexporte. Für das Jahr 2024 geht das Institut von einem Rückgang der realen Warenexporte um 4,8 % aus, gefolgt von einem Zuwachs von 2,0 % im Jahr 2025.

Im ersten Halbjahr lag der Wert der nominellen Warenimporte laut Außenhandelsstatistik mit 94,1 Milliarden Euro um 12,1 % unter dem Vergleichszeitraum im Vorjahr, während der Wert der Warenexporte mit 96,9 Milliarden Euro um 5,5 % unter dem Vorjahr lag. Somit verzeichnete Österreich im ersten Halbjahr einen Handelsbilanzüberschuss von 2,9 Milliarden Euro. Zu dem Rückgang der Warenimporte trug insbesondere der fallende Wert der importierten Brennstoffe und Energie bei, aber auch die bedeutsamen Warengruppen Maschinen und Fahrzeuge, Bearbeitete Waren, Konsumnahe Fertigwaren und Chemische Erzeugnisse gingen relativ stark zurück. Der FIW Trade Indicator signalisiert für die ersten acht Monate des Jahres 2024 eine sehr schwache Entwicklung der realen Warenimporte. Eine Trendwende ließ bislang auf sich warten. Für das laufende Jahr wird daher ein Rückgang der Warenimporte um 4,8 % prognostiziert und für das nächste Jahr wird ein Anstieg um 2,3 % erwartet.

Demgegenüber entwickelte sich der Reiseverkehr im laufenden Jahr bislang positiv. Die Nächtigungen von Gästen aus dem Ausland summierten sich zwischen Jänner und Juli auf 70,9 Millionen, was 1,5 % über der Vergleichsperiode im Vorjahr lag. Das Institut rechnet für das laufende Jahr mit einem Anstieg der realen Reiseverkehrsexporte um 1,8 % gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2025 wird ein Wachstum von 2,0 % erwartet. Insgesamt wird im laufenden Jahr ein Rückgang der realen Exporte i. w. S. um 3,4 % prognostiziert. Für das Jahr 2025 wird ein Anstieg um 2,2 % erwartet.

Der rapide Anstieg der Lohnstückkosten stellt eine Herausforderung für die heimische Exportwirtschaft dar. Im vergangenen Jahr stiegen die Lohnstückkosten um 9,9 %. Im exportorientierten Produzierenden Bereich lag der Anstieg der Lohnstückkosten im ersten Halbjahr 2024 bei 11,6 %, in den für die Reiseverkehrsexporte relevanten Sektoren Handel, Verkehr und Gastronomie bei 10,4 %. Für das gesamte Jahr 2024 geht das Institut von einer Zunahme der Lohnstückkosten um 9,0 % aus. Für das Jahr 2025 wird ein Anstieg um 3,5 % erwartet.

## 3.2 Privater Konsum

Im laufenden Jahr können sich die österreichischen Haushalte über ein gutes Wachstum ihrer verfügbaren Realeinkommen freuen. Die im Vorjahr vor dem Hintergrund starker Preissteigerungen ausgehandelten Lohnzuwächse treffen auf eine deutliche Beruhigung des Preisauftriebs, woraus sich eine deutliche Stärkung der Kaufkraft ergibt. Die Haushalte schöpfen diesen Spielraum allerdings nicht aus und üben Konsumzurückhaltung. Ihre Sparquote steigt an. Die Einzelhandelsumsätze zeigen eine anhaltend schwache Haushaltsnachfrage, im



zweiten Quartal kam es zu realen Rückgängen. Eine Ausnahme scheint die Statistik über die Neuanmeldungen von Kraftfahrzeugen darzustellen, die in manchen Monaten Zuwächse von über 5 % vermeldet hat. Auch einige Dienstleistungen werden stärker nachgefragt.

Für diese überraschende Sparsamkeit der Haushalte gibt es mehrere Erklärungsansätze. Es kann sein, dass der erhöhte Einkommensspielraum erst mit Verzögerung wahrgenommen wird. Aus inflationären Episoden in anderen Ländern ist auch ein Verwirrungseffekt bekannt, da die Haushalte nur schwer Entwicklungen in Preisen einzelner Güter und im gesamten Preisniveau trennen können. Solche Motive würden langsam an Bedeutung verlieren und der aufgeschobene Konsum würde in der nächsten Zeit nachgeholt. Es kann aber auch sein, dass sich die Sparneigung nachhaltig erhöht hat, durch allgemeinen Pessimismus oder durch anhaltende Unsicherheit über künftige Einkommensentwicklungen. Auch Sorge um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes könnte vor dem Hintergrund zunehmender Insolvenzen eine Rolle spielen, obwohl ein Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Sparneigung in Österreich statistisch nicht feststellbar ist. Überwiegen solche Motive, so wird die Sparquote auch in der Folgezeit hoch sein. Im kommenden Jahr wird sich zeigen, welche der Interpretationen in Österreich greift. Derzeit geht das Institut von einer weiterhin etwas erhöhten Sparneigung im kommenden Jahr aus.

Gegenüber der Sommer-Prognose bleibt die Einschätzung der Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen der Haushalte unverändert bei einem Zuwachs von 2,4 %. Wegen der abflauenden Inflation dürften die Lohnabschlüsse für das kommende Jahr ebenfalls zurückhaltender sein, sodass im Jahr 2025 die verfügbaren Realeinkommen nur mehr um 1,2 % steigen werden. Angesichts der vorliegenden Daten für das erste Halbjahr muss das Institut seine Prognose für den **Konsum der privaten Haushalte** nunmehr niedriger ansetzen. Im laufenden Jahr wächst dieses Aggregat inflationsbereinigt nur um 0,3 %. Im kommenden Jahr wird die private Nachfrage der Dynamik der Einkommen folgen und um 1,2 % zulegen.

Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote über die letzten Jahrzehnte. Diese Kenngröße scheint zyklisch zwischen Tiefständen von rund 7 % und Spitzenwerten um 13 % zu fluktuieren. Die letzte Talsohle eines solchen Zyklus wurde im Jahr 2017 erreicht. Seither überwiegt der Eindruck eines allmählichen Aufbaus, der seinerseits durch die Sondereffekte der Pandemie unterbrochen wurde, mit einem kurzlebigen Ausreißer von über 13 %. Seit dem Jahr 2022 scheint sich die Aufwärtsbewegung der letzten Welle fortzusetzen. Der Scheitelpunkt dürfte noch nicht erreicht sein und wird wohl bei etwas mehr als 10 % liegen. Kurzfristig folgt auf die steigende Sparquote des laufenden Jahres mit seinen nur teilweise umgesetzten

unerwarteten Realeinkommenszuwächsen ein Verharren auf dem derzeitigen Niveau im kommenden Jahr.

**Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte**



Quelle: Statistik Austria, ab 2024 Prognose des IHS

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** expandiert in den beiden Prognosejahren mit Wachstumsraten von jeweils 2,0 %. In den letzten Jahren wuchs dieses Aggregat etwas stärker als der Konsum der Haushalte. Der Einschluss dieser Non-Profit-Dienste in den privaten Konsum kann zu geringfügigen Änderungen der ausgewiesenen Wachstumsraten führen. Für den privaten Konsum insgesamt ergeben sich in den beiden Prognosejahren Zuwächse von 0,4 % und 1,3 %, nur geringfügig über den Werten für den Konsum der Haushalte.

### 3.3 Investitionen

Nach der Generalrevision der VGR werden die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** im Jahr 2023 nun um 1,5 % niedriger ausgewiesen als nach altem Datenstand. Für die Jahre 2021 und 2022 werden die Investitionen jeweils um rund 2 % niedriger ausgewiesen, während für die Jahre davor die Revisionen geringer und in unterschiedliche Richtungen ausfallen. Die Wachstumsrate der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2023 wird nunmehr mit 2,4 % ausgewiesen, verglichen mit 1,8 % nach altem Datenstand der VGR.

Nach dem aktuellen Stand der Quartalsrechnung der VGR waren die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen in der ersten Hälfte des laufenden Jahres um 1,7 % niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Investitionsgüterkategorien haben sich stark unterschiedlich entwickelt. Während die Anschaffungen von Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie um 13,7 % einbrachen, stiegen im ersten Halbjahr die Investitionen in geistiges Eigentum um 5,8 % und die Käufe von Fahrzeugen um 0,8 %.

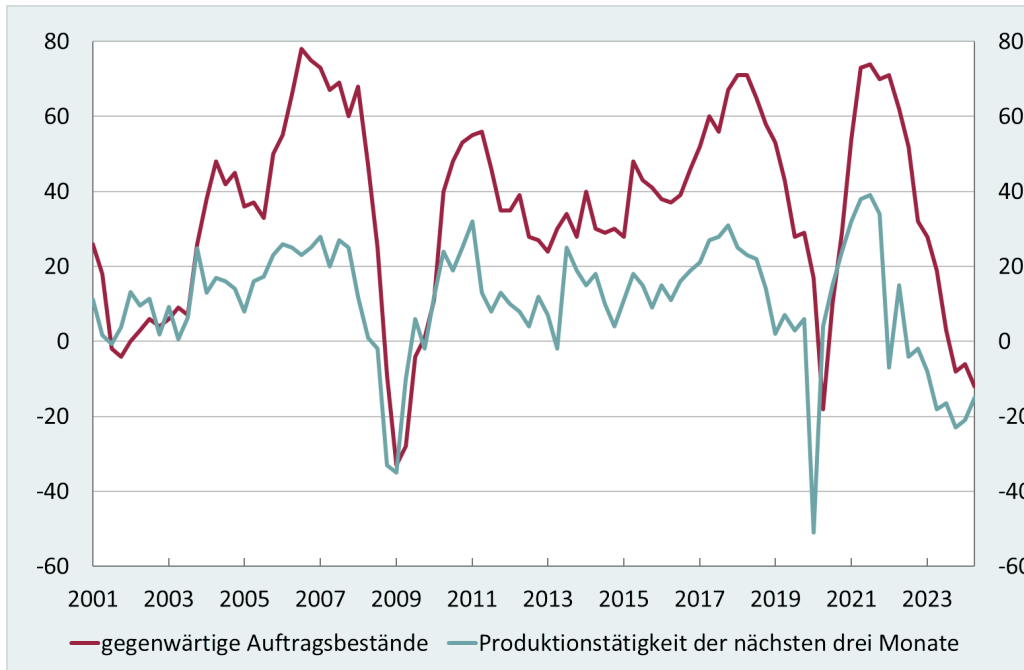
Für den Prognosezeitraum lassen die Absatz- und Ertragsaussichten eine weiterhin schwache Investitionstätigkeit erwarten. Dafür spricht die pessimistische Einschätzung der Auftragsbestände und der künftigen Produktionstätigkeit durch die heimischen Industrieunternehmen (Abbildung 10). Außerdem sinkt die Kapazitätsauslastung weiter. Sie ist inzwischen so niedrig wie zuvor während der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2009 und 2010 sowie in der Coronakrise im Jahr 2020 (Abbildung 11). Damit besteht kaum Bedarf, in die Erweiterung der Produktionskapazitäten zu investieren. Auch von der Finanzierungsseite kommt Gegenwind. Im Zuge der geldpolitischen Straffung waren die Zinssätze für Unternehmenskredite von rund 1,5 %, je nach Kredithöhe, Anfang 2022 bis über 5 % Ende 2023 gestiegen. Erst im Juli 2024 gingen sie etwas zurück. Gemäß der Umfrage zum Kreditgeschäft agieren die Geschäftsbanken im Zuge der Konjunkturertrübung zunehmend restriktiv bei der Kreditvergabe. Außerdem haben die Banken ihre Angebotspolitik für Unternehmenskredite vom zweiten Quartal 2022 bis zum ersten Quartal 2024 umfassend verschärft und im zweiten Quartal weitgehend unverändert gelassen.

Erst mit weiteren geldpolitischen Lockerungen und einer allmählichen Belebung der Industriekonjunktur im In- und Ausland dürften die Unternehmen ab dem kommenden Jahr ihre Investitionszurückhaltung nach und nach ablegen. Aufgrund der schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2024 um 2,0 % sinken. Im kommenden Jahr dürften sie stagnieren.

Der Preisauftrieb bei den Ausrüstungsinvestitionen hat im Jahresverlauf deutlich nachgelassen. War der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen vor einem Jahr noch um 5,9 % gestiegen, so belief sich der Anstieg im zweiten Quartal 2024 noch auf 2,1 %. Im Einklang mit der Erwartung weitgehend stabiler bis leicht sinkender Rohstoffpreise wird sich der Preisanstieg wohl weiter abschwächen. Im Jahresdurchschnitt 2024 dürfte der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen um 2,3 % und im kommenden Jahr um 1,6 % steigen.

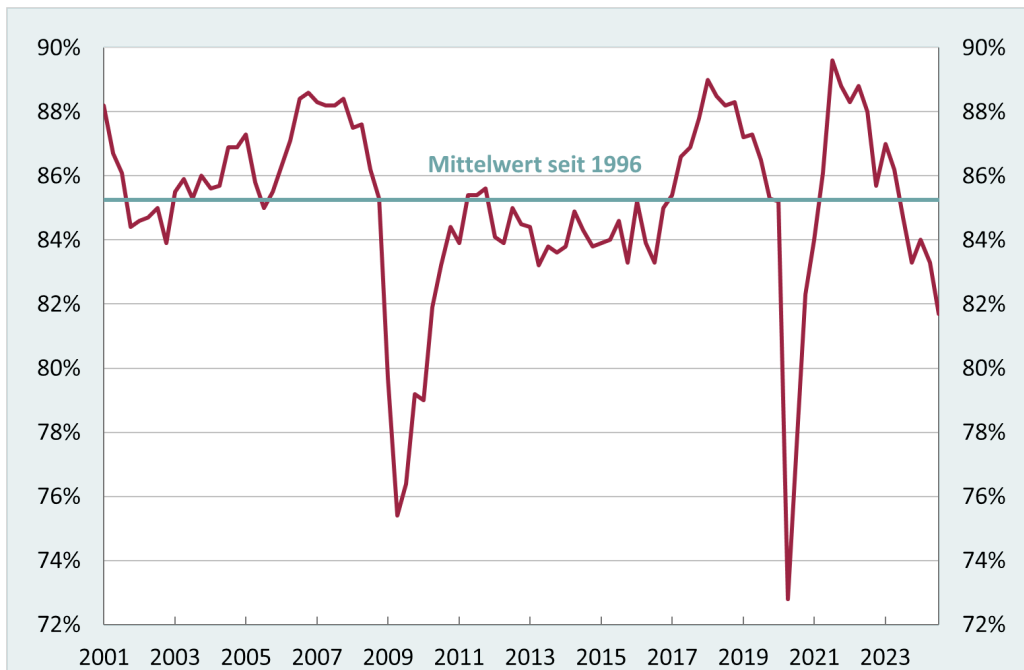
**Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate**

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Bei den **realen Bauinvestitionen** hat die VGR-Generalrevision zu starken Änderungen in der Dynamik und vor allem zu Verschiebungen zwischen den Wohnbauinvestitionen und den sonstigen Bauinvestitionen geführt. So werden nunmehr die Wohnbauinvestitionen für das Jahr 2023 um rund 11 % höher, die Nicht-Wohnbauinvestitionen im Gegenzug um rund 11 % niedriger ausgewiesen als nach altem Datenstand. Die Veränderungsraten in den vergangenen drei Jahren stellen sich nun deutlich volatil dar als zuvor. Für die gesamten Bauinvestitionen wurde der Anstieg im Jahr 2020 von 1,8 % auf 4,1 % revidiert, dafür werden für die Jahre 2022 und 2023 nunmehr Rückgänge von 1,3 % sowie 9,3 % (zuvor: 2,0 % und 4,7 %) ausgewiesen. Gemäß dem aktuellen Rechenstand der VGR sind im vergangenen Jahr die Wohnbauinvestitionen um knapp 12 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 6,4 % eingebrochen. Die Quartalsdaten weisen für das erste Halbjahr einen weiteren Einbruch der Wohnbauinvestitionen um 9,5 % und der sonstigen Bauinvestitionen um 3,9 % aus.

Im Prognosezeitraum dürften sich die Bauinvestitionen weiterhin sehr schwach entwickeln. Der Wohnbau leidet unter der Unsicherheit bei den privaten Haushalten hinsichtlich ihrer künftigen Einkommenssituation. Darüber hinaus bleiben die Finanzierungsbedingungen restriktiv. Die Zinssätze für neu vergebene Wohnbaukredite sind nach der EZB-Leitzinssenkung vom Juni geringfügig zurückgegangen. Damit sind sie aber noch immer deutlich höher als vor Beginn der geldpolitischen Straffung. Auch mit den erwarteten weiteren Leitzinssenkungen dürfte der Restriktionsgrad der Finanzierungsbedingungen nur langsam nachlassen. Auch die Kreditangebotspolitik der Geschäftsbanken bleibt wohl zunächst restriktiv. Die im Rahmen der OeNB-Umfrage zum Kreditgeschäft befragten Banken haben ihre Angebotspolitik zuletzt weitgehend unverändert gelassen, nachdem sie sie in den Jahren 2022 und 2023 verschärft hatten. Auch die Baubewilligungen lassen kein Ende der Talfahrt der Wohnbauinvestitionen erwarten. Sie waren im Jahresdurchschnitt 2023 um 27,5 % eingebrochen, und im ersten Quartal 2024 setzte sich der Rückgang mit knapp 11 % fort. Erst mit dem erwarteten Anziehen der Konjunktur werden die privaten Haushalte wohl ihre Zurückhaltung bei langfristigen Investitionsentscheidungen ablegen. Unterstützt werden die Wohnbauinvestitionen vom Wohnbaupaket der Bundesregierung, das vor allem Zuschüsse für den geförderten Wohnbau und Sanierungen, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten sowie günstige Kredite beinhaltet.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften sich im Prognosezeitraum ähnlich schwach wie die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln. Somit werden sie zunächst wohl aufgrund der geringen konjunkturellen Dynamik und der restriktiven Finanzierungsbedingungen schwach bleiben und erst im späteren Verlauf mehr Fahrt

aufnehmen. Der Tiefbau profitiert von den Investitionen in das Schienen- und Straßennetz sowie vom Ausbau der Stromnetze und der digitalen Infrastruktur.

Die Reparatur an Wohn- und Geschäftsgebäuden sowie der Straßen- und Schieneninfrastruktur wird die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum stützen. Wie hoch der Wachstumsimpuls ist, lässt sich momentan aber nur schwer abschätzen, da die Höhe der Gesamtschäden und die Aufteilung der Investitionen auf die Bausparten noch nicht bekannt sind. Insgesamt dürften die realen Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 4,0 % sinken und im kommenden Jahr stagnieren.

Der Anstieg der Baupreise hat sich weiter abgeschwächt. Im zweiten Quartal 2024 war der Baupreisindex um 0,8 % höher als ein Jahr zuvor. Dabei hat sich vor allem der Anstieg der Hochbaupreise stark verringert. Vor einem Jahr waren in diesem Segment die Preise noch um 8,8 % gestiegen, im zweiten Quartal 2024 um 0,9 %. Im Tiefbau blieb der Preisanstieg mit 0,8 % stabil niedrig. Der Deflator der Bauinvestitionen war im zweiten Quartal um 2,4 % höher als ein Jahr zuvor. Angesichts der schwachen Baukonjunktur und der erwarteten Entwicklung der Rohstoffpreise kann mit einer weiteren Abschwächung des Preisauftriebs im Baubereich gerechnet werden. In den beiden Prognosejahren dürfte der Deflator der Bauinvestitionen um 2,6 % bzw. 2,1 % steigen.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Rückgang um 2,9 % im laufenden Jahr und eine Stagnation im kommenden Jahr. Nachdem die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, bereits in den beiden vergangenen Jahren kumuliert um einen Prozentpunkt gesunken war, dürfte sie bis zum Ende des Prognosezeitraums um weitere 1,3 Prozentpunkte auf dann 23,6 % sinken. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften im heurigen Jahr um 3,0 % sinken und im kommenden Jahr um 0,3 % expandieren.

### 3.4 Öffentliche Haushalte

Die rückläufige konjunkturelle Dynamik entwickelt sich zunehmend zu einer Belastung für die **öffentlichen Haushalte**. Strukturelle Entlastungen, wie die Abschaffung der kalten Progression und die Senkung der Unternehmenssteuern, reduzieren nachhaltig das Wachstum der staatlichen Einnahmen. Die Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs belastet die öffentlichen Finanzen systematisch, da für diese Reform keine Gegenfinanzierung beschlossen wurde. Im heurigen Jahr steht daher dem abnehmenden Wachstum der staatlichen Einnahmen eine ungebremste Zunahme der öffentlichen Ausgaben gegenüber. Das Institut

erwartet ein Defizit von 3,5 % des BIP im Jahr 2024 und lediglich einen leichten Rückgang auf 3,4 % im darauffolgenden Jahr. Diese Abschätzung ist mit Unsicherheiten behaftet. Ein anhaltender konjunktureller Abschwung könnte die Steuerbasen noch nachhaltiger schwächen. Ausgabenseitig könnten Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Flutkatastrophe das Budget noch stärker belasten. In Teilen werden diese Ausgaben durch Mittel der Europäischen Union finanziert werden, die bereits Zusagen gegeben hat. Gleichzeitig sind die Schäden noch nicht vollständig abschätzbar. Daher könnte sich das Budgetdefizit noch auf bis zu 4,0 % des BIP erhöhen. Diese Prognose basiert auf der Annahme einer unveränderten Politik. Als Folge der Nationalratswahlen können sich die Schwerpunkte der Budgetpolitik im Jahr 2025 deutlich verschieben. Zur Erfüllung der europäischen Fiskalregeln ist ebenso eine Budgetkonsolidierung im Jahr 2025 notwendig.

Die Dynamik der Staatseinnahmen wird im heurigen Jahr durch das langsamere Wachstum des nominellen BIP gebremst. Die verhaltene Entwicklung des privaten Konsums und der Rückgang des Preisauftriebs dämpfen die Einnahmen aus Konsum- und Verbrauchssteuern. Erste Daten des Finanzministeriums deuten in diese Richtung. Das Aufkommen der Gewinnsteuern sinkt aufgrund der schlechten konjunkturellen Entwicklung und durch die Absenkung des Steuersatzes im Jahr 2024. Im Folgejahr rechnet das Institut allenfalls mit einer Stagnation dieser Einnahmekategorie. Zudem führt die automatische Tarifierpassung zum Ausgleich der kalten Progression dazu, dass die Steuerquote aufgrund der progressiven Einkommensbesteuerung nicht mehr systematisch ansteigt. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen wachsen im Prognosehorizont noch stärker als das nominelle BIP. Die Dynamik dürfte jedoch abnehmen.

Der im Vorjahr beschlossene Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern führt zu einer strukturellen Erhöhung der staatlichen Ausgaben. Darüber hinaus wurde eine Reihe diskretionärer Maßnahmen im laufenden Jahr festgelegt. In der ersten Jahreshälfte hat die Regierung ein Baupaket verabschiedet, das durch Erleichterungen für die Bau- und Immobilienwirtschaft sowie Abgabensenkungen sowohl einnahmenmindernd als auch durch zweckgebundene Förderungen ausgabenerhöhend wirkt. Der Klimabonus zur Kompensation höherer CO<sub>2</sub>-Steuern wurde aufgestockt und die Stromkostenbremse für private Haushalte bis zum Jahresende verlängert. Nach der Hochwasserkatastrophe im September wurden die Mittel des Katastrophenfonds auf eine Milliarde Euro aufgestockt. Darüber hinaus planen die Bundesregierung und die EU-Kommission, weitere Mittel für die Hochwasserhilfe, Wiederaufbaumaßnahmen und die Verbesserung des Hochwasserschutzes zur Verfügung zu stellen.

In einer Reihe von Ausgabenkategorien wirken die Inflationsanpassungen der Vergangenheit im Jahr 2024 stark nach. Dies betrifft insbesondere die Ausgaben für die Bezüge der öffentlich Bediensteten, die im laufenden Jahr deutlich stärker als die prognostizierte Inflationsrate steigen. Auch die monetären Sozialleistungen entwickeln sich auch aufgrund der zeitverzögerten Anpassungsmechanismen weiterhin dynamisch. Die Ausgaben für die Anpassung der Pensionen beschleunigen sich im heurigen Jahr noch einmal, bevor sie im nächsten Jahr wieder zurückgehen. Auch die Auszahlungen der Arbeitslosenversicherung steigen, da sich sowohl der Anstieg der Bruttolöhne verzögert auswirkt als auch konjunkturell die Zahl der Arbeitslosen steigt.

Die erwartete Budgetentwicklung steht nicht im Einklang mit den europäischen Fiskalregeln. Das Maastricht-Kriterium einer Defizitquote von maximal 3 % wird im heurigen Jahr voraussichtlich verfehlt. Das Institut erwartet einen Anstieg der Schuldenquote im Jahr 2024 auf 80,2 % des BIP und einen weiteren Anstieg auf 81,9 % im Folgejahr. Gemäß der neuen europäischen Fiskalregeln wurde Österreich im Sommer ein Anpassungspfad der Staatsausgaben zur nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen übermittelt. Zur Erfüllung dieser Anforderung müssen die staatlichen Ausgaben in den kommenden fünf Jahren jeweils um einen halben Prozentpunkt des BIP gesenkt werden. Unter Berücksichtigung struktureller Reformen könnte der Anpassungszeitraum um weitere zwei Jahre verlängert werden. Das Institut mahnt daher abermals deutlich stärkere finanzpolitische Anstrengungen zur Budgetkonsolidierung an, damit sowohl die österreichischen als auch die europäischen Fiskalregeln ab dem kommenden Jahr wieder eingehalten werden.

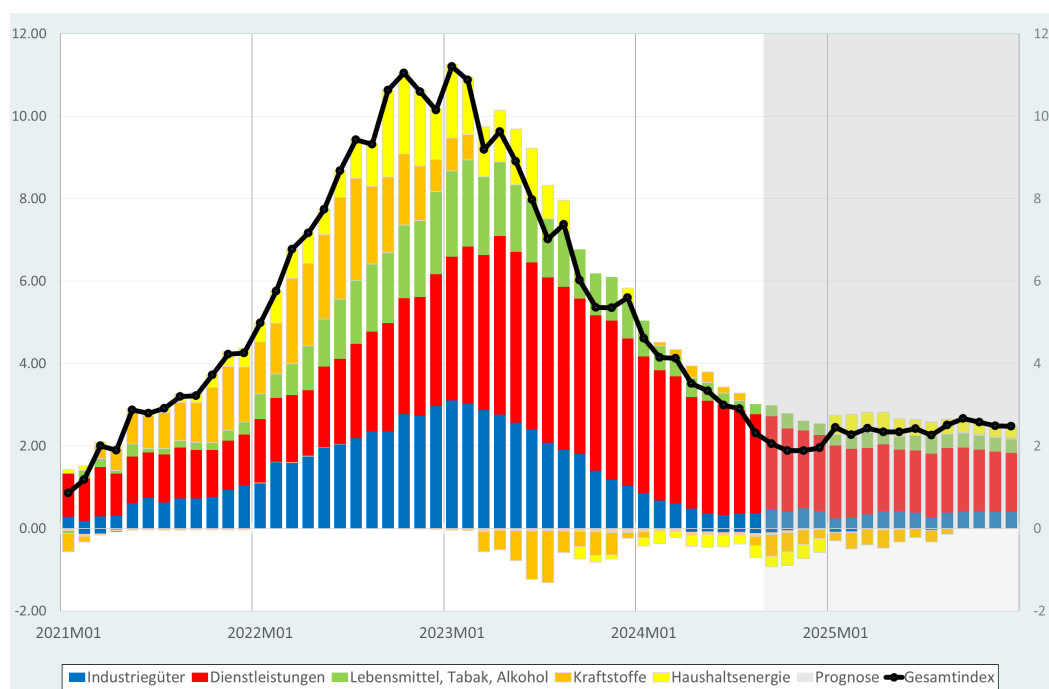
### 3.5 Löhne und Inflation

Die Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten sind im ersten Halbjahr 2024 um 8,4 % gestiegen und blieben damit etwas hinter der Entwicklung der Tariflöhne (8,8 %) zurück. Da die Löhne mit Zeitverzögerung auf Inflationsraten reagieren, sehen wir nach zwei Jahren Reallohnverlusten nun die Gegenbewegung. Im Jahr 2024 trifft der starke Lohnzuwachs auf eine rückläufige Inflation, was zu einem Reallohnanstieg von knapp 4 % führen dürfte. Die niedrigeren Inflationsraten dürften auch in den kommenden Tariflohnverhandlungen Berücksichtigung finden. Das Institut geht für das Jahr 2025 von einem Anstieg der Effektivlöhne von knapp 4 % aus, was unter Berücksichtigung der nächstjährigen Inflationsraten einem Reallohnplus von rund 1 ¼ % entspricht.



Nach ihren Höchstständen im letzten Jahr ist die **Inflation** (gemäß VPI) in Österreich im Laufe dieses Jahres von 4,6 % im Jänner auf 2,3 % im August weiter gesunken (Abbildung 12). Während die Preise in den Bereichen Lebensmittel und Industriegüter (ohne Energie) nur noch einen geringen Anteil am Preisauftrieb haben, sind es nach wie vor die Dienstleistungen, die mit einem Inflationsbeitrag von 2,3 Prozentpunkten wesentlicher Preistreiber sind. Dazu dürften die stark gestiegenen Löhne maßgeblich beitragen, da diese im arbeitsintensiven Dienstleistungssektor einen wesentlichen Kostenfaktor darstellen. Aber auch der hohe Anteil an indexierten Preisen verzögert einen schnelleren Rückgang der Inflationsrate. Dämpfend wirken hingegen die Preise für Haushaltsenergie, die sich nach vergleichsweise hohen Anstiegen langsam, aber stetig dem europäischen Niveau wieder annähern. Der stärkere Rückgang der Inflationsrate im August ist auf die zuletzt niedrigeren Notierungen für Rohöl, gepaart mit einem stärkeren Euro, zurückzuführen. Basiseffekte verstärken diesen Effekt auf die Inflationsrate vorübergehend in den Herbstmonaten. Vor diesem Hintergrund dürfte im Jahresschnitt 2024 die Inflation 3,0 % betragen.

**Abbildung 12: Inflation und Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich**  
**Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeiträge in Prozentpunkten**

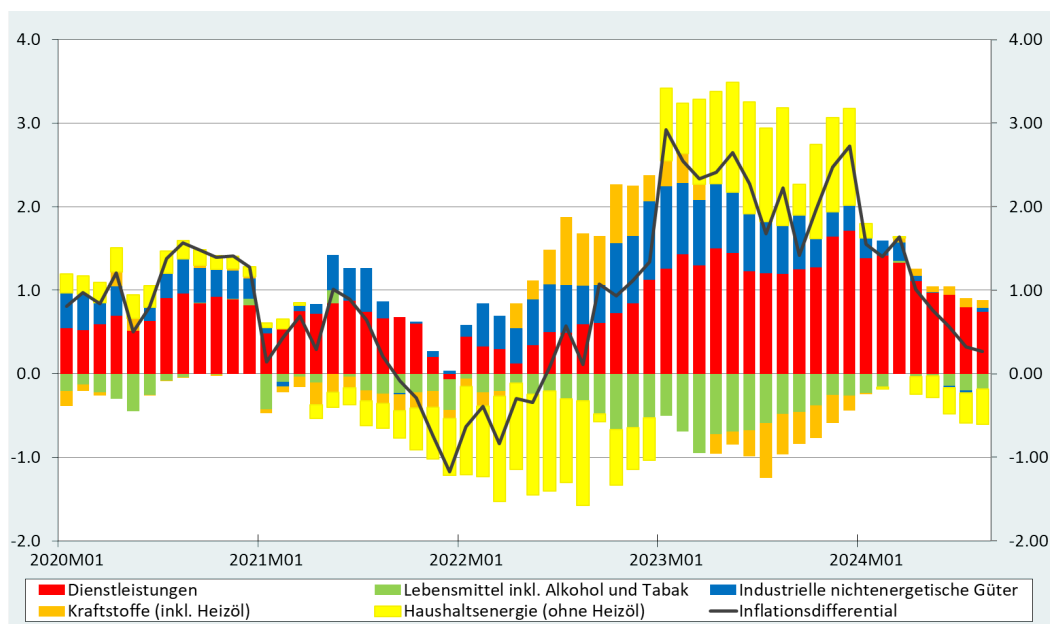


Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen. Heizöl wird dem Bereich Kraftstoffe zugerechnet und nicht dem Bereich Haushaltsenergie.  
 Quelle: Statistik Austria, ab September 2024 Prognose des IHS

Preissenkende Politikmaßnahmen dämpfen die Inflationsrate bei Einführung; wenn sie auslaufen, treiben sie die Inflation an. Da mit Ende 2024 die Preismaßnahmen im Bereich Energie (Strompreisbremse, Erneuerbarenförderpauschale/-beitrag sowie Elektrizitäts-/Erdgasabgabe) auslaufen werden, ist laut Institutsberechnungen für Jänner 2025 mit einem Anstieg des Preisindex für Elektrizität von gut 40 % zu rechnen. Dies alleine dürfte die Inflationsrate um rund  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkte anheben. Auch indexierte Preise (wie etwa für Mieten, Versicherungen, Bankdienstleistungen, etc.) stehen einem zügigeren Rückgang der Inflation entgegen. Dem steht aber eine deutlich schwächere Entwicklung der Lohnstückkosten als im Vorjahr gegenüber, die Druck von der Inflation nehmen wird. Die verhaltene Konjunktur sowie die Geldpolitik, die trotz erster Lockerungen weiterhin restriktiv ausgerichtet ist, wirken inflationsdämpfend. In Summe wird für das kommende Jahr von einer Inflationsrate von 2,4 % ausgegangen. Die Kerninflation dürfte nur unwesentlich höher liegen (2,6 %).

Auch im Euroraum ist die allgemeine Teuerung zuletzt von 2,6 % auf 2,2 % im August wieder gesunken, wobei der Rückgang ausschließlich auf die Treibstoffpreisentwicklungen zurückzuführen ist. Im Vergleich liegt die österreichische Inflationsrate derzeit nur noch  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt über der europäischen (Abbildung 13). Das Institut geht von Inflationsraten für den Euroraum von 2,5 % im Jahr 2024 und 2,0 % im Jahr 2025 aus. Damit dürfte das Inflationsdifferential zum Euroraum in beiden Prognosejahren rund einen halben Prozentpunkt betragen.

**Abbildung 13: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum**



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, eigene Berechnungen

### 3.6 Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktlage reflektiert die Konjunkturschwäche. Im historischen Vergleich fällt die Arbeitsmarktreaktion auf die Rezession vor dem Hintergrund des strukturellen Fachkräftemangels aber nur verhalten aus. In saisonbereinigter Betrachtung stagniert die Beschäftigung im Großen und Ganzen seit Jahresmitte 2023 und die Arbeitslosenquote stieg bis August des laufenden Jahres auf gut 7 %. Nachdem sich die Erholung der Konjunktur verzögert, dürfte die noch in der Sommer-Prognose erwartete Aufhellung der Arbeitsmarktlage ausbleiben. Im laufenden Jahr sollte die kräftige Nachfrage des öffentlichen Sektors eine marginale Ausweitung der Beschäftigung erlauben und die Arbeitslosenquote dürfte auf 7,0 % ansteigen. Mit der anziehenden Konjunktur könnte im kommenden Jahr die Beschäftigung um 0,5 % zulegen und die Arbeitslosenquote 7,2 % betragen.

Ende August lag die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** um 4.600 Personen bzw. 0,1 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Bei der Interpretation dieses Rückgangs ist allerdings ein negativer Sondereffekt (Beendigungsdatum von Ferialpraktika) zu berücksichtigen. Wie schon in den letzten Monaten expandierte die Frauenbeschäftigung, während die der Männer merklich fiel. Das klassische Rezessionsmuster zeigte sich weiterhin in sektoraler Betrachtung. In der Sachgüterproduktion und am Bau sank die Beschäftigung im Jahresabstand (–2,0 % bzw. –4,0 %). Hingegen nahm im Dienstleistungsbereich, insbesondere aufgrund der regen Beschäftigungsnachfrage im öffentlichen Sektor im weiteren Sinne, die Zahl der Arbeitsplätze zu (0,7 %). Beschäftigungsverluste verzeichneten in diesem Bereich allerdings die wirtschaftsnahen Dienstleistungen (–2,9 %) und der Handel (–1,1 %).

In den kommenden Monaten dürfte die Beschäftigungsdynamik weiterhin sehr verhalten bleiben, worauf auch der Indikator der offenen Stellen deutet. Somit erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2024 eine geringe Beschäftigungsausweitung (0,2 %). Im Laufe des kommenden Jahres dürfte die Beschäftigungsdynamik mit der Konjunkturbelebung etwas an Tempo gewinnen. Für den Jahresdurchschnitt 2025 erwartet das Institut eine Zunahme um 0,5 %. Dem dämpfenden Einfluss des demografisch bedingten leichten Rückgangs des Arbeitskräftepotenzials wirkt der Anstieg des gesetzlichen Pensionsalters bei den Frauen etwas entgegen.

Ende August stieg die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** im Vorjahresvergleich um 26.200 Personen bzw. 10,0 %. Konjunkturbedingt erhöhte sich die Arbeitslosenzahl bei den Männern (11,2 %) stärker als bei den Frauen (8,7 %). In sektoraler Betrachtung steigt die Arbeitslosenzahl breitflächig, besonders kräftig in der Sachgüterproduktion (17,2 %). Überdurchschnittliche Anstiege wiesen auch die

Bereiche Bau, Handel und Verkehr aus, hingegen expandierte die Arbeitslosigkeit bei den persönlichen Dienstleistungen nur wenig.

In den kommenden Monaten dürfte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit in unverändertem Tempo fortsetzen. Aufgrund der konjunkturellen Erholung könnte die Arbeitslosenzahl in der zweiten Jahreshälfte 2025 wieder etwas zurückgehen. Insgesamt erwartet das Institut nunmehr eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 298.000 bzw. 307.000 Personen für die Jahre 2024 und 2025. Dies impliziert (nationale) **Arbeitslosenquoten** von 7,0 % bzw. 7,2 %. Für die Quote laut Eurostat-Definition wird für beide Jahre ein Wert von 5,1 % erwartet.

**Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis August 2024**  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	2.993	0,1 %
Männer	-10.596	-0,5 %
Frauen	13.589	0,7 %
Aktiv-Beschäftigte <sup>i</sup>	7.569	0,2 %
Primärer Sektor	798	1,0 %
Sachgüterproduktion	-7.134	-1,1 %
Bau	-8.857	-3,1 %
Dienstleistungssektor	22.740	0,8 %
Arbeitslose	26.973	10,1 %
Männer	17.767	11,1 %
Frauen	9.206	8,0 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	5.478	7,9 %

<sup>i</sup> ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Die demografische Entwicklung dämpft das Wachstumspotenzial der heimischen Wirtschaft. Lediglich der Arbeitsmarktzug aus dem Ausland ermöglichte die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots in bisherigen Jahresverlauf. Nach kräftigen Zuwächsen in der Vergangenheit stagniert die erwerbsfähige Bevölkerung im Jahr 2024 und geht 2025 um rund 18.000 Personen zurück. Dies dürfte aktuell zwar den

rezensionsbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit dämpfen, längerfristig verstärkt sich aber der Fachkräftemangel. Daher sollten bestehende Arbeitsmarktpotenziale, etwa im Bereich der Migration, gehoben werden. Anreize zur Ausweitung der Arbeitszeit wären ebenfalls hilfreich. Die Arbeitsmarktpolitik ist weiterhin gefordert, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen zu erhöhen.

### 3.7 Monetäre Entwicklungen

Im Euroraum wurden im September zum zweiten Mal im aktuellen Zinszyklus die Leitzinsen gesenkt, in den USA hat die Fed ebenfalls im September – allerdings zum ersten Mal im gegenwärtigen Zinszyklus – ihre Leitzinsen gesenkt. Auch die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank haben im laufenden Jahr mit Zinssenkungen begonnen. Im Verlauf des Jahres wird mit weiteren Zinsschritten der Fed und der EZB gerechnet. Der Einlagesatz im Euroraum liegt gegenwärtig bei 3,5 %, das Zielband für Taggeld in den USA beträgt 4,75 % bis 5 % und im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 5 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist seit ihrem Höhepunkt im Oktober 2022 (10,6 %) wieder kräftig zurückgegangen und betrug im August 2,2 %. Die Inflationsrate bewegt sich damit deutlich in Richtung der EZB-Zielmarke von 2 %. Für die Jahresdurchschnitte 2024 und 2025 erwartet das Institut im Euroraum Inflationsraten von 2,5 % bzw. 2,0 %.

**Tabelle 5: Leitzinsen**

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2021	-0,5	0 – 0,25	0,25	-0,75	-0,1
Ende 2022	2	4,25 – 4,5	3,5	1	-0,1
Ende 2023	4	5,25 – 5,5	5,25	1,75	-0,1
27.9.2024	3,5	4,75 – 5	5	1	0,25

Für den Euroraum wird ab der Herbst 2024 der Zinssatz für die Einlagefazilität (Einlagesatz) der EZB berichtet. Dieser ist seit längerem der geldpolitisch relevantere Zinssatz als der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, der früher in dieser Tabelle gezeigt wurde.

Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream

Die EZB hat im September den Einlagesatz um 0,25 Prozentpunkte auf 3,5 % gesenkt. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt – nach der im März angekündigten und im September vollzogenen Verringerung des Abstandes zwischen Einlage- und Hauptrefinanzierungssatz von 0,5 auf 0,15 Prozentpunkte – nun bei 3,65 %. Der Spitzenrefinanzierungssatz liegt (bei gleichbleibendem Abstand

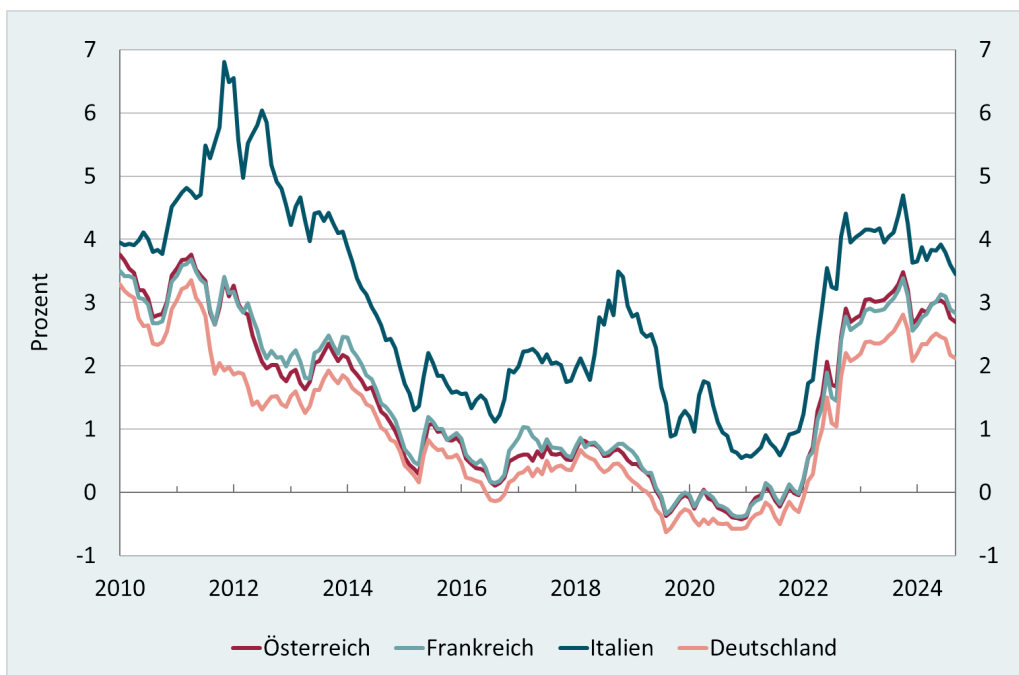
zwischen Hauptrefinanzierungs- und Spitzenrefinanzierungssatz) bei 3,9 %. In der derzeitigen Situation hoher Überschussreserven im Bankensystem ist der Einlagesatz der relevante geldpolitische Zinssatz, an welchen sich die Geldmarktzinsen orientieren. Bei einem deutlichen Rückgang der Reserven könnten die Geldmarktzinsen allerdings wieder in Richtung des Hauptrefinanzierungssatzes steigen, die damit einhergehende Volatilität würde aber dann durch den nun geringen Abstand von 0,15 Prozentpunkten reduziert.

Im Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) werden seit Juli 2023 fällige Beträge nicht mehr reinvestiert. Im Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) erfolgen eine monatliche Reduktion der Bestände um etwa 7,5 Milliarden Euro im zweiten Halbjahr 2024 und eine vollständige Einstellung der Reinvestitionen fälliger Beträge ab Beginn 2025. Insgesamt betragen die Bestände in den beiden Ankaufprogrammen derzeit rund 4,431 Milliarden Euro und dürften bei gleichbleibender Abbaugeschwindigkeit in ca. neun Jahren vollständig abgebaut werden.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit der Zinssenkung der EZB etwas zurückgegangen und der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des dritten Quartals bei 3,6 %. Damit ist er gegenüber dem Vorquartal um etwa 25 Basispunkte und gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 20 Basispunkte gesunken. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut im Einklang mit der Zinspolitik der EZB weiter sinkende Zinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte in den Jahren 2024 und 2025 durchschnittlich 3,6 % bzw. 2,5 % betragen.

Die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum sind seit Herbst 2021 gestiegen und erreichten ihre Höchststände im Oktober 2023. Danach sind sie leicht gesunken und bewegten sich zuletzt seitwärts (Abbildung 14). Im dritten Quartal des laufenden Jahres notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich 2,8 % bzw. 2,2 %. Dies bedeutet einen Rückgang der Renditen im Vergleich zum Vorquartal um rund 20 Basispunkte und ein Sinken im Vergleich zum Vorjahresquartal um etwa 40 bzw. 30 Basispunkte. Das Institut rechnet gegenwärtig mit einer Seitwärtsbewegung der Renditen von Staatsanleihen im Euroraum. Für die Jahre 2024 und 2025 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von jeweils 2,8 % prognostiziert.

Abbildung 14: Renditen zehnjähriger Staatsanleihen



Quelle: LSEG Datastream

Im Durchschnitt des dritten Quartals 2024 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,10 USD/EUR. Damit hat der Euro gegenüber dem Vorquartal und gegenüber dem Vorjahresquartal leicht aufgewertet (um rund 2 % bzw. 1 %). Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut durchschnittliche Jahreskurse von 1,09 USD/EUR bzw. 1,10 USD/EUR.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung der Einlagen und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten in den Jahren 2024 und 2025 fällt wie folgt aus. Die Einlagen inländischer Nichtbanken sollten um 3,0 % bzw. 2,1 % steigen. Für das Kreditvolumen an inländische Nichtbanken prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 0,5 % bzw. 1,4 %.





## 4 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	366,139 2,5%	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	379,189 -0,6%	382,147 0,8%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	383,234 4,3%	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	489,520 3,4%	505,227 3,2%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	104,669 1,8%	106,212 1,5%	108,966 2,6%	111,065 1,9%	116,345 4,8%	124,079 6,6%	129,096 4,0%	132,208 2,4%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2020=100)	97,135 2,0%	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	111,600 8,6%	120,300 7,8%	123,909 3,0%	126,883 2,4%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	50,509 2,6%	51,792 2,5%	52,713 1,8%	53,936 2,3%	56,554 4,9%	60,377 6,8%	65,207 8,0%	67,652 3,8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,197 0,2%	3916,683 0,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	7,003 0,597	7,160 0,157

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
PRIVATER KONSUM	186,849 0,8%	188,130 0,7%	173,878 -7,6%	182,143 4,8%	191,088 4,9%	190,186 -0,5%	190,892 0,4%	193,339 1,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	70,955 1,0%	71,854 1,3%	71,267 -0,8%	76,707 7,6%	76,269 -0,6%	77,174 1,2%	77,559 0,5%	77,753 0,2%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	89,054 4,4%	92,844 4,3%	87,900 -5,3%	93,100 5,9%	93,446 0,4%	90,445 -3,2%	87,813 -2,9%	87,813 0,0%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	5,998 1,6	1,650 0,4	1,461 0,4	5,885 1,6	10,437 2,7	-0,073 0,0	-0,273 -0,1	-0,023 0,0
INLANDSNACHFRAGE	353,777 2,4%	356,499 0,8%	336,297 -5,7%	359,669 6,9%	372,675 3,6%	359,460 -3,5%	357,935 -0,4%	360,826 0,8%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	12,321 3,4	16,104 4,3	12,587 3,6	5,400 1,5	11,952 3,1	21,115 5,5	20,654 5,4	20,720 5,4
BIP ZU MARKTPREISEN	366,139 2,5%	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	379,189 -0,6%	382,147 0,8%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
PRIVATER KONSUM	0,442	0,352	-3,867	2,357	2,438	-0,240	0,193	0,665
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,194	0,249	-0,161	1,627	-0,125	0,244	0,104	0,053
BRUTTOINVESTITIONEN	1,561	-0,152	-1,386	2,763	1,369	-3,802	-0,774	0,070
ANLAGEINVESTITIONEN	1,053	1,035	-1,336	1,487	0,096	-0,818	-0,725	0,000
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,511	-1,187	-0,051	1,267	1,245	-2,729	-0,052	0,066
EXPORTE I.W.S.	2,798	2,248	-5,863	4,896	5,593	-0,261	-2,043	1,219
WAREN	1,800	1,369	-2,920	4,543	2,468	-0,159	-1,983	0,769
DIENSTLEISTUNGEN	0,998	0,879	-2,943	0,353	3,125	-0,102	-0,060	0,450
IMPORTE I.W.S.	-2,615	-1,239	5,008	-6,816	-3,900	2,869	2,042	-1,263
WAREN	-1,469	-0,227	2,472	-5,256	-1,232	3,443	1,943	-0,837
DIENSTLEISTUNGEN	-1,146	-1,012	2,536	-1,560	-2,667	-0,574	0,100	-0,427
BRUTTOINLANDSPRODUKT	2,484	1,755	-6,318	4,795	5,278	-0,955	-0,577	0,780

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,7	7,2	13,6	11,4	8,8	8,3	10,1	10,0
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,6	-0,5	6,3	-2,2	-2,6	-0,4	1,8	-0,1
INVESTITIONSQUOTE	24,3	25,1	25,1	25,9	25,5	24,9	23,9	23,6
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,5	0,8	0,1	0,7	-0,4	-0,6	-1,0	-0,3
REALZINSSATZ	-1,13	-1,41	-2,82	-1,94	-3,04	-3,57	-1,21	0,43
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,75	-0,28	-1,40	0,88	-1,10	-0,53	2,35	1,64
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	121,07 8,6%	130,40 7,7%	134,31 3,0%	137,54 2,4%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,850 0,4%	48,246 0,8%	48,604 0,7%	48,733 0,3%	47,411 -2,7%	46,707 -1,5%	48,974 4,9%	49,620 1,3%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,001 0,0%	10,015 0,1%	9,578 -4,4%	9,794 2,3%	10,016 2,3%	9,806 -2,1%	9,730 -0,8%	9,757 0,3%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	131,659 2,5%	134,811 2,4%	143,467 6,4%	143,553 0,1%	147,193 2,5%	160,509 9,0%	174,705 8,8%	180,753 3,5%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	5,2	4,8	6,1	6,2	4,8	5,1	5,1	5,1
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,7	-0,4	1,3	0,1	-1,4	0,3	0,0	0,0
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	0,2	0,5	-8,2	-5,7	-3,3	-2,6	-3,5	-3,4
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,0	0,3	-8,7	2,5	2,4	0,7	-0,9	0,1

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	190,300 2,9%	194,814 2,4%	181,205 -7,0%	193,288 6,7%	218,950 13,3%	235,550 7,6%	243,344 3,3%	252,299 3,7%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,848 5,7%	7,171 4,7%	7,395 3,1%	8,396 13,5%	9,016 7,4%	10,305 14,3%	10,721 4,0%	11,154 4,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	75,208 3,5%	78,029 3,8%	81,044 3,9%	88,623 9,4%	92,347 4,2%	98,192 6,3%	103,863 5,8%	107,767 3,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	99,251 8,2%	100,941 1,7%	97,563 -3,3%	112,418 15,2%	130,938 16,5%	120,238 -8,2%	119,896 -0,3%	122,252 2,0%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	50,444 4,5%	53,569 6,2%	50,370 -6,0%	54,953 9,1%	58,948 7,3%	64,218 8,9%	64,381 0,3%	65,411 1,6%
BAUINVESTITIONEN	42,734 8,8%	45,675 6,9%	45,220 -1,0%	50,162 10,9%	55,178 10,0%	53,621 -2,8%	52,815 -1,5%	53,924 2,1%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,029 -0,086	0,569 0,540	0,264 -0,305	-0,040 -0,304	-1,191 -1,151	-1,066 0,125	-1,032 0,034	-1,032 0,000
INLANDSNACHFRAGE	373,713 4,5%	382,735 2,4%	367,704 -3,9%	401,518 9,2%	445,067 10,8%	463,217 4,1%	476,792 2,9%	492,440 3,3%
EXPORTE I.W.S.	213,470 7,0%	221,183 3,6%	196,484 -11,2%	227,300 15,7%	277,597 22,1%	281,402 1,4%	274,186 -2,6%	284,853 3,9%
IMPORTE I.W.S.	201,871 7,3%	207,000 2,5%	183,637 -11,3%	223,753 21,8%	279,649 25,0%	271,392 -3,0%	261,458 -3,7%	272,065 4,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	383,234 4,3%	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	489,520 3,4%	505,227 3,2%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	180,282 0,8%	181,475 0,7%	167,079 -7,9%	174,642 4,5%	183,556 5,1%	182,219 -0,7%	182,765 0,3%	185,050 1,3%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,570 2,9%	6,659 1,3%	6,801 2,1%	7,502 10,3%	7,537 0,5%	7,971 5,8%	8,130 2,0%	8,293 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	70,955 1,0%	71,854 1,3%	71,267 -0,8%	76,707 7,6%	76,269 -0,6%	77,174 1,2%	77,559 0,5%	77,753 0,3%
BRUTTOINVESTITIONEN	95,051 6,3%	94,495 -0,6%	89,361 -5,4%	98,985 10,8%	103,883 4,9%	90,368 -13,0%	87,617 -3,0%	87,867 0,3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	49,134 3,4%	51,540 4,9%	47,978 -6,9%	51,613 7,6%	52,610 1,9%	53,895 2,4%	52,817 -2,0%	52,817 0,0%
BAUINVESTITIONEN	39,915 5,6%	41,312 3,5%	39,881 -3,5%	41,502 4,1%	40,947 -1,3%	37,159 -9,3%	35,672 -4,0%	35,672 0,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,958 0,336	1,978 1,020	1,931 -0,047	2,526 0,595	1,871 -0,655	2,544 0,673	2,463 -0,081	2,463 0,000
INLANDSNACHFRAGE	353,777 2,4%	356,499 0,8%	336,297 -5,7%	359,669 6,9%	372,675 3,6%	359,460 -3,5%	357,935 -0,4%	360,826 0,8%
EXPORTE I.W.S.	207,508 5,2%	215,882 4,0%	193,238 -10,5%	211,551 9,5%	232,698 10,0%	231,717 -0,4%	223,756 -3,4%	228,627 2,2%
IMPORTE I.W.S.	195,187 5,1%	199,777 2,4%	180,651 -9,6%	206,150 14,1%	220,747 7,1%	210,602 -4,6%	203,102 -3,6%	207,906 2,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	366,139 2,5%	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	379,189 -0,6%	382,147 0,8%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	105,557 2,1%	107,350 1,7%	108,455 1,0%	110,677 2,0%	119,283 7,8%	129,268 8,4%	133,146 3,0%	136,341 2,4%
ÖFFENTLICHER KONSUM	105,993 2,5%	108,594 2,5%	113,720 4,7%	115,534 1,6%	121,080 4,8%	127,235 5,1%	133,915 5,3%	138,602 3,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	104,631 1,9%	106,892 2,2%	108,748 1,7%	112,906 3,8%	122,131 8,2%	130,288 6,7%	133,461 2,4%	135,897 1,8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	102,665 1,0%	103,935 1,2%	104,985 1,0%	106,472 1,4%	112,047 5,2%	119,153 6,3%	121,894 2,3%	123,844 1,6%
BAUINVESTITIONEN	107,064 3,0%	110,561 3,3%	113,388 2,6%	120,866 6,6%	134,754 11,5%	144,304 7,1%	148,056 2,6%	151,165 2,1%
INLANDSNACHFRAGE	105,635 2,1%	107,359 1,6%	109,339 1,8%	111,635 2,1%	119,425 7,0%	128,865 7,9%	133,206 3,4%	136,476 2,5%
EXPORTE I.W.S.	102,873 1,7%	102,456 -0,4%	101,680 -0,8%	107,445 5,7%	119,295 11,0%	121,442 1,8%	122,538 0,9%	124,593 1,7%
IMPORTE I.W.S.	103,425 2,1%	103,615 0,2%	101,653 -1,9%	108,539 6,8%	126,683 16,7%	128,865 1,7%	128,732 -0,1%	130,859 1,7%
BIP ZU MARKTPREISEN	104,669 1,8%	106,212 1,5%	108,966 2,6%	111,065 1,9%	116,345 4,8%	124,079 6,6%	129,096 4,0%	132,208 2,4%



TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
WARENEXPORTE	149,036 6,5%	152,509 2,3%	139,300 -8,7%	167,053 19,9%	198,490 18,8%	197,589 -0,5%	188,204 -4,8%	194,847 3,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	46,977 8,5%	50,480 7,5%	46,800 -7,3%	52,511 12,2%	62,451 18,9%	63,588 1,8%	64,683 1,7%	67,791 4,8%
REISEVERKEHR	17,457 7,1%	18,194 4,2%	10,384 -42,9%	7,737 -25,5%	16,656 115,3%	20,225 21,4%	21,299 5,3%	22,214 4,3%
EXPORTE I.W.S.	213,470 7,0%	221,183 3,6%	196,484 -11,2%	227,300 15,7%	277,597 22,1%	281,402 1,4%	274,186 -2,6%	284,853 3,9%
WARENIMPORTE	147,590 6,3%	148,038 0,3%	134,774 -9,0%	167,230 24,1%	207,210 23,9%	193,533 -6,6%	182,036 -5,9%	188,924 3,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	45,051 10,5%	49,310 9,5%	45,361 -8,0%	50,888 12,2%	62,147 22,1%	65,594 5,5%	66,723 1,7%	69,930 4,8%
REISEVERKEHR	9,230 7,9%	9,652 4,6%	3,502 -63,7%	5,636 60,9%	10,293 82,6%	12,266 19,2%	12,699 3,5%	13,212 4,0%
IMPORTE I.W.S.	201,871 7,3%	207,000 2,5%	183,637 -11,3%	223,753 21,8%	279,649 25,0%	271,392 -3,0%	261,458 -3,7%	272,065 4,1%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
WARENEXPORTE	145,856 4,7%	150,988 3,5%	139,548 -7,6%	156,857 12,4%	166,271 6,0%	165,674 -0,4%	157,805 -4,8%	160,961 2,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	44,940 6,5%	47,679 6,1%	44,084 -7,5%	48,050 9,0%	52,693 9,7%	50,347 -4,5%	49,843 -1,0%	51,214 2,8%
REISEVERKEHR	16,700 5,2%	17,185 2,9%	9,782 -43,1%	7,080 -27,6%	14,054 98,5%	16,013 13,9%	16,294 1,8%	16,620 2,0%
EXPORTE I.W.S.	207,508 5,2%	215,882 4,0%	193,238 -10,5%	211,551 9,5%	232,698 10,0%	231,717 -0,4%	223,756 -3,4%	228,627 2,2%
WARENIMPORTE	142,326 3,9%	143,165 0,6%	133,705 -6,6%	153,536 14,8%	158,132 3,0%	146,361 -7,4%	139,409 -4,8%	142,546 2,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	43,844 9,0%	47,336 8,0%	43,601 -7,9%	47,418 8,8%	53,848 13,6%	54,757 1,7%	54,209 -1,0%	55,700 2,8%
REISEVERKEHR	8,983 6,4%	9,265 3,1%	3,366 -63,7%	5,251 56,0%	8,918 69,8%	10,239 14,8%	10,393 1,5%	10,601 2,0%
IMPORTE I.W.S.	195,187 5,1%	199,777 2,4%	180,651 -9,6%	206,150 14,1%	220,747 7,1%	210,602 -4,6%	203,102 -3,6%	207,906 2,4%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
WARENEXPORTE	102,180 1,7%	101,007 -1,1%	99,823 -1,2%	106,500 6,7%	119,377 12,1%	119,264 -0,1%	119,264 0,0%	121,053 1,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,533 1,9%	105,875 1,3%	106,160 0,3%	109,284 2,9%	118,519 8,5%	126,299 6,6%	129,773 2,8%	132,368 2,0%
REISEVERKEHR	104,533 1,9%	105,875 1,3%	106,160 0,3%	109,284 2,9%	118,519 8,5%	126,299 6,6%	130,720 3,5%	133,661 2,3%
EXPORTE I.W.S.	102,873 1,7%	102,456 -0,4%	101,680 -0,8%	107,445 5,7%	119,295 11,0%	121,442 1,8%	122,538 0,9%	124,593 1,7%
WARENIMPORTE	103,699 2,3%	103,404 -0,3%	100,799 -2,5%	108,919 8,1%	131,036 20,3%	132,230 0,9%	130,577 -1,3%	132,535 1,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	102,751 1,4%	104,170 1,4%	104,036 -0,1%	107,318 3,2%	115,411 7,5%	119,791 3,8%	123,085 2,8%	125,547 2,0%
REISEVERKEHR	102,751 1,4%	104,170 1,4%	104,036 -0,1%	107,318 3,2%	115,411 7,5%	119,791 3,8%	122,187 2,0%	124,631 2,0%
IMPORTE I.W.S.	103,425 2,1%	103,615 0,2%	101,653 -1,9%	108,539 6,8%	126,683 16,7%	128,865 1,7%	128,732 -0,1%	130,859 1,7%
TERMS OF TRADE, GESAMT	99,467 -0,3%	98,881 -0,6%	100,026 1,2%	98,992 -1,0%	94,168 -4,9%	94,240 0,1%	95,188 1,0%	95,211 0,0%
TERMS OF TRADE, GÜTER	98,536 -0,6%	97,682 -0,9%	99,031 1,4%	97,779 -1,3%	91,103 -6,8%	90,194 -1,0%	91,336 1,3%	91,336 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
IMPORTQUOTE, GESAMT	52,676	52,311	48,285	55,080	62,421	57,349	53,411	53,850
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,446	-0,364	-4,026	6,795	7,341	-5,071	-3,938	0,439
IMPORTQUOTE, GÜTER	38,512	37,411	35,437	41,166	46,251	40,897	37,187	37,394
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,715	-1,101	-1,974	5,729	5,085	-5,355	-3,710	0,207
EXPORTQUOTE, GESAMT	55,702	55,896	51,663	55,953	61,963	59,465	56,011	56,381
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,376	0,194	-4,233	4,290	6,009	-2,498	-3,453	0,370
EXPORTQUOTE, GÜTER	38,889	38,541	36,627	41,123	44,305	41,754	38,447	38,566
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,786	-0,348	-1,914	4,495	3,182	-2,551	-3,307	0,120

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5904,434 0,2%	5915,786 0,2%	5925,641 0,2%	5931,030 0,1%	5979,620 0,8%	6016,521 0,6%	6016,375 0,0%	5998,283 -0,3%
ERWERBSQUOTE	77,013 1,2%	77,669 0,9%	78,007 0,4%	78,212 0,3%	78,347 0,2%	78,880 0,7%	79,251 0,5%	79,964 0,9%
ERWERBSPERSONEN	4547,191 1,4%	4594,732 1,0%	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,854 1,0%	4737,530 1,1%	4768,008 0,6%	4796,453 0,6%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3698,440 0,3%	3698,881 0,0%	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3665,132 -0,5%	3653,137 -0,3%	3644,577 -0,2%	3639,319 -0,1%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	848,751 6,4%	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1084,393 6,3%	1123,431 3,6%	1157,134 3,0%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	493,600 0,7%	496,100 0,5%	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	508,100 1,2%	510,500 0,5%	509,785 -0,1%	511,060 0,3%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4227,030 1,2%	4258,223 0,7%	4285,393 0,6%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,197 0,2%	3916,683 0,5%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	66,838 -3,2%	62,828 -6,0%	61,886 -1,5%
ARBEITSLOSE	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	270,773 2,9%	298,197 10,1%	306,824 2,9%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	7,003 0,597	7,160 0,157

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	184,918 5,1%	192,668 4,2%	192,084 -0,3%	201,416 4,9%	217,424 7,9%	234,830 8,0%	254,123 8,2%	264,971 4,3%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	153,004 4,3%	155,472 1,6%	156,077 0,4%	167,375 7,2%	180,641 7,9%	184,131 1,9%	176,382 -4,2%	178,291 1,1%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	47,350 1,3%	48,832 3,1%	32,217 -34,0%	38,209 18,6%	49,942 30,7%	54,266 8,7%	59,015 8,8%	61,965 5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	383,234 4,3%	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	489,520 3,4%	505,227 3,2%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,963 13,9%	-0,899 -77,3%	4,185 -565,8%	6,700 60,1%	2,015 -69,9%	0,192 -90,4%	0,196 2,0%	0,200 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	73,040 4,2%	76,783 5,1%	79,778 3,9%	83,736 5,0%	91,967 9,8%	99,365 5,8%	103,340 4,0%	107,215 3,8%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	306,231 4,3%	318,025 3,9%	304,725 -4,2%	329,197 8,0%	358,056 8,8%	374,054 4,5%	386,377 3,3%	398,213 3,1%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,893 38,3%	-3,503 -10,0%	-3,768 7,5%	-2,857 -24,2%	-3,353 17,4%	-3,355 0,1%	-3,221 -4,0%	-3,318 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	302,338 3,9%	314,522 4,0%	300,957 -4,3%	326,340 8,4%	354,703 8,7%	370,699 4,5%	383,155 3,4%	394,895 3,1%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	364,774 4,7%	380,636 4,3%	403,721 6,1%	425,328 5,4%	438,894 3,2%	437,649 -0,3%	450,778 3,0%	460,245 2,1%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	349,544 3,2%	365,034 4,4%	380,664 4,3%	396,232 4,1%	423,029 6,8%	432,855 2,3%	435,019 0,5%	441,109 1,4%
EURIBOR 3M	-0,32	-0,36	-0,43	-0,55	0,35	3,43	3,64	2,53
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,01	-0,04	-0,07	-0,12	0,90	3,09	0,21	-1,11
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	0,68	0,06	-0,22	-0,09	1,72	3,08	2,83	2,84
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,09	-0,62	-0,28	0,14	1,80	1,36	-0,25	0,01

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
USD/EUR	1,18 4,4%	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,05 -11,0%	1,08 2,9%	1,09 0,9%	1,10 0,9%
GBP/EUR	0,88 0,0%	0,88 0,0%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,87 2,4%	0,85 -2,3%	0,85 0,0%
YEN/EUR	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	138,02 6,3%	152,00 10,1%	162,00 6,6%	156,00 -3,7%
CHF/EUR	1,15 3,6%	1,11 -3,5%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,01 -6,5%	0,97 -4,0%	0,95 -2,1%	0,94 -1,1%